



NATIONALER SOZIALISMUS
– „ANTIKAPITALISMUS“ VON
VÖLKISCHEN FREAKS TOP·BERLIN

Impressum:

Herausgeber: **TOP-Berlin** in Zusammenarbeit mit **iskra e.V.**
Mai 2007

Kontakt:

T.O.P Berlin
c/o
Schwarze Risse
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

mail@top-berlin.net

V.i.S.d.P.: Sonja Sonnenklar, Urlaubsgasse 10, 10119 Berlin

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Intro <i>TOP Berlin</i>	04
Rechts, Links... alles der gleiche Sumpf? <i>Ursula Meyer, TOP Berlin</i>	06
Globalisierungskritik als Erfolgskonzept für die extreme Rechte in Deutschland? <i>Stefan Trüb</i>	10
Die „soziale Frage“ als Thema in der neonazistischen Kameradschaftsszene <i>Marion Gondek</i>	14
Antikapitalismus von rechts? Das Projekt „Nationaler Sozialismus“ und seine historischen Vorläufer <i>Joachim Bons</i>	18
„Die nationale Frage als revolutionärer Störfaktor“? Völkischer Antikapitalismus als Ideologie der Systemopposition von rechts <i>Kerstin Köditz/Volkmar Wölk</i>	24
G8 Proteste in Heiligendamm – Aktionsfeld für rechte Gruppen? Interview mit der Antifa Rostock zu Globalisierungskritik von Rechts und der aktuellen Situation in Rostock <i>TOP Berlin</i>	28

Intro

Haben die denn nichts anders zu tun, als sich an den Neonazis abzuarbeiten? Steht nicht der für die radikale Linke in Deutschland seit langem bedeutendste Protest ins Haus, die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, jenem beschaulichen Kaff in Mecklenburg-Vorpommern, das nur aus Kurort und Luxushotel besteht?

Zweifellos ist für die meisten linken Gruppen derzeit die Mobilisierung gegen den G8 wichtigstes politisches Betätigungsfeld, bietet dieser Event doch die lange ersehnte Möglichkeit, Deutschland mal wieder zum Feld von Auseinandersetzungen um eine Gesellschaftsordnung jenseits von Neoliberalismus oder sozialem Wohlfahrtsstaat werden zu lassen – sprich, die „Systemfrage“ zu stellen. So beteiligen auch wir uns als frisch gebackenes Nachfolgeprojekt von Kritik und Praxis Berlin an dem „Hype“: Im Rahmen des gemeinsam mit den Gruppen *redical M* aus Göttingen und *Autonome Antifa [f]* aus Frankfurt gegründeten Bündnis *Ums Ganze* veröffentlichten wir bereits Ende 2006 einen Aufruf, mit dem wir eine Debatte über die Notwendigkeit, Kapitalismus in seiner „Gesamtheit“ anzugreifen und zu kritisieren, anstoßen und den G8-Protest radikalieren wollten.¹ Diesem „Grundstatement“ folgten bisher die Einbettung der Proteste gegen den Frankfurter Opernball in die Kampagne, Veranstaltungen, eine Broschüre² sowie eine Demo in Berlin am Vorabend des 1.Mai. Uns ist und war es also durchaus wichtig die Kritik an verkürzten Vorstellungen über Kapitalismus und Systemalternativen an eine eigene politische Praxis zu knüpfen. In diesem Kontext entstand auch die Idee, Theorie und Praxis der „Gegenseite“ (in diesem Fall die Neonazis) zu beobachten und zu analysieren, um ihr adäquat begegnen zu können. Die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Auseinandersetzungen linker Gruppen mit „Antikapitalismus“³ von Rechts erschienen uns ungenügend. Obwohl die Untersuchung rechtsextremer Wirtschaftskonzepte vor dem Hintergrund antikapitalistischer und neosozialistischer Konzepte kein gänzlich neues Thema ist, bleibt die wissenschaftliche Literatur hierzu überschaubar, wenngleich zu bemerken ist, dass sich in den letzten zwei Jahren einiges bewegt hat.⁴

Sowohl die Tatsache, dass bei vielen Protesten gegen die Hartz IV-Gesetzgebung (vor allem in ostdeutschen Städten) Neonazis mitmischten bzw. versuchten, die „Montagsdemos“ zu dominieren, als auch der Erfolg der NPD bei der Landtagswahl in Sachsen 2004, bei der die Partei mit ihrer sozialen Wahlkampfretorik punkten konnte, führten auch in linken, antifaschistischen Kreisen zu einer neuen Beschäftigung mit „rechtem Antikapitalismus“. Oftmals verblieb die Kritik aber an der Oberfläche, es war von bloßer „Demagogie“ die Rede, die Bedeutung der Neonazis als relevante Kraft in sozialen Protesten wurde als gering eingeschätzt. Mittlerweile ist „Antikapitalismus von Rechts“ zu einer Art „Modethema“ avanciert, kaum ein antifaschistisches Rechercheblatt, das die Thematik noch nicht aufgegriffen hat. Die Diskussion scheint angestoßen und wir hoffen, mit der vorliegenden Broschüre einen Teil dazu beizutragen. Wir haben deshalb verschiedene Personen, die sich seit geraumer Zeit mit dem Thema beschäftigen, gebeten, Beiträge für uns zu verfassen – die Ergebnisse bilden neben einer von uns dargelegten Kritik an bürgerlichen Forschungsansätzen die Grundlage der vorliegenden Broschüre. Den AutorInnen möchten wir an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für ihre Beiträge danken. Dank gebührt übrigens auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die diese Veröffentlichung finanziell ermöglicht hat.

Stefan Trüb, Sozialwissenschaftler aus Göttingen, erläutert unter Einbezug aktueller Kampagnen und Publikationen, welche Vorstellungen von Globalisierung die extreme Rechte hat und kommt zu dem Schluß, dass die NPD von einer Repräsentanzkrise der etablierten Parteien profitieren könne. Seiner Ansicht nach liegt der Erfolg der Partei auch in nachbarschaftlichen Politikkonzepten begründet, bei denen die NPD nicht nur durch das Aufgreifen sozialer Thematiken punktet, sondern diese jeweils vor Ort mit lokalen Bezügen verknüpft und sich so als „Systemalternative“ bzw. Auffangbecken für Ängste und Ressentiments geriere.

Mario Gondek schildert in ihrem Artikel „Die ‚soziale Frage‘ als Thema in der neonazistischen Kameradschaftsszene“ die Entwicklungen dieses Spektrums anhand der 2006 von ostdeutschen Neonazis initiierten „Antikapitalismuskampagne“ und der Debatten in einigen neonazistischen Fanzines. Sie untersucht Publikationen der Freien Kameradschaften wie z.B. die *Mitteldeutsche Jugendzeitung (MJZ)* und den aus Mecklenburg Vorpommern stammenden *Fahnenträger* sowie die eher an die NPD gebundenen sogenannten Boten. Während die Autoren und Herausgeber der ersteren sich als national-revolutionäre Avantgarde mit dem Ziel, innerhalb der Kameradschaftsszene Diskussionen anzustoßen, begreifen würde, seien die Boten mit ihren starken lokalpolitischen Bezügen eher auf die Rekrutierung neuer Wählerschichten ausgerichtet.

Aktuelle und historische Erscheinungsformen des rechten „Antikapitalismus“ vergleicht **Joachim Bons** in seinem Text „Antikapitalismus von rechts? Das Projekt „Nationaler Sozialismus“ und seine historischen Vorläufer“. Systematisch analysiert er völkische Sozialismuskonzepte von NSDAP und NPD und weist damit auf, dass die Thematik nicht neu ist und zumindest die NPD scheinbar mühelos an die durch die NSDAP kolportierten Vorstellungen anknüpfen kann. Bons kommt zu dem Schluss, dass die Erfolge der Rechten an die Schwäche der Linken gekoppelt ist und fordert AntifaschistInnen deshalb dazu auf, Kapitalismuskritik und soziale Kämpfe nicht „rechts liegen“ zu lassen.

Verfehlungen linker Gesellschaftskritiker und den möglichen und tatsächlichen Überschneidungen zwischen linkem und rechtem „Antikapitalismus“ widmen sich **Kerstin Köditz** und **Volkmarr Wölk** in ihrem Aufsatz „Die nationale Frage als revolutionärer Störfaktor. Völkischer Antikapitalismus als Ideologie der Systemopposition von rechts.“ Sie zeigen anhand von Henning Eichberg die bis in die 1960er Jahre zurück reichenden völkischen Sozialismusvorstellungen der neueren extremen Rechten auf und weisen gleichzeitig darauf hin, dass die Linke lange auf die Herrschaftsperiode der NSDAP fixiert blieb und damit den „Wesenskern des historischen Faschismus“, der sich in seiner Früh- bzw. Entstehungsphase durchaus national-revolutionär gerierte, ausgeblendet habe. Dabei hätten frühe Querfrontbestrebungen etwa des Cercle Proudhon, in dem sich sowohl rechte als auch linke Antikapitalisten tummelten, „ideologische Vorarbeiten von enormer Bedeutung für die spätere Entstehung und Entwicklung faschistischer Organisationen“ geleistet. Köditz und Wölk sehen in dem heute sowohl in der neonazistischen Rechten als auch Teilen der radikalen Linken virulenten Antiamerikanismus eine Gefahr für die Auflebung von Querfrontbestrebungen, sofern die Linke der Nation keine eindeutige Absage erteile.

Zu guter Letzt haben wir ein von uns mit der Antifa Rostock geführtes Interview abgedruckt, da wir die Hintergrundtexte um die Einschätzung von antifaschistischen Akteuren und ihren konkreten, praktischen Erfahrung im Umgang mit dem Phänomen des völkischen Antikapitalismus ergänzen wollten.

So unterschiedlich die Untersuchungsgegenstände und theoretischen Ansätzen der Autoren unserer Broschüre auch sind, sie alle enthalten wichtige Aspekte und sind sich vor allem in einer Hinsicht einig, die wir als Gruppe teilen: Eine antikapitalistische und antifaschistische Linke muss mit jeglichem Bezug auf Nation und Nationalismus brechen, verkürzten Antikapitalismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus erkennen und darf gleichzeitig Kapitalismuskritik nicht aus den Augen verlieren.

TOP Berlin, April 2007

Anmerkungen:

- 1) ...ums Ganze! Smash Capitalism. Fight the G8 Summit, Dezember 2006. <http://www.ums-ganze.blogspot.de>, www.ums-ganze.blogspot.de und www.top-berlin.net
- 2) Ein erster Beitrag von uns zu diesem Thema findet sich in der Broschüre des «Ums-Ganze-Bündnisses».
- 3) Die Bezeichnung «Antikapitalismus» wird von uns in diesem Kontext in Anführungszeichen gesetzt, da es sich bei der Weltanschauung und Programmatik der Neonazis um eine verkrüppelte und reduzierte Form der Kritik, die nicht die Produktions- und Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus kritisiert und angreift, sondern lediglich einzelne Erscheinungsebenen.
- 4) Neben Publikationen aus dem linken antifaschistischen Spektrum wie etwa Antifaschistisches Infoblatt (AIB) beschäftigten sich Ralf Ptak und Joachim Bons bereits 1996 mit den neuen Inhalten der Neonazis. 1999 veröffentlichte Jean Cremet mehrere Aufsätze dazu in der Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft. Ptak, Ralf: Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte. Betrachtungen zu einer wenig behandelten Frage, in: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Berlin 1996, S.901-922; Ptak, Ralf/Schui, Herbert/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997 sowie Cremet, Jean: Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen. Positionen und Polemik, Jena 1999. Auf neuere Studien wird in dem folgenden Text eingegangen.

Rechts, Links... alles der gleiche Sumpf?

Ansätze in der etablierten Rechtsextremismusforschung und die Frage nach einem «rechten Antikapitalismus»

Das Thema „Rechtsextremismus“ war in der bundesdeutschen medialen Öffentlichkeit schon immer konjunkturabhängig. Mal ist es die anhaltende Straßengewalt von Neonazis, die, erwischt es etwa ein prominentes Opfer oder ist der Übergriff allzu skandalös, für Debatten sorgt, mal ein Diskurs über die im Rahmen bürgerlicher Staatlichkeit möglichen Mittel, den Rechtsextremismus quantitativ einzudämmen, wie im Fall des 2001 gescheiterten Verbotverfahrens gegen die NPD. Nachdem die NPD nach den Wahlen in Sachsen 2004 in den Landtag einzog und zumindest teilweise erfolgreich war mit dem Versuch, an breiten Sozialprotesten wie z.B. gegen die „Hartz IV“ – Gesetzgebung zu partizipieren, hat diese neonazistische Strömung der extremen Rechten insgesamt erneut die Aufmerksamkeit von Politologen und Soziologen auf sich gezogen. Auch in den wissenschaftlichen Untersuchungen sind aktuelle neonazistische Entwicklungen wie die zunehmende Thematisierung der „Sozialen Frage“ in den letzten zwei Jahren merklich in den Vordergrund gerückt – obwohl es sich dabei keineswegs um ein neues Phänomen handelt. Hatten die JN schon 1991 Thesenpapiere vorgelegt, in denen eine „Dritte Position“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus propagiert wurde, erhielten in der NPD wirtschaftspolitische Fragen mit „antikapitalistischem“ Einschlag spätestens 1996 mit der Wahl Udo Voigts zum neuen Parteivorsitzenden Einzug.¹

Welche Analysen dieses Phänomens legt die etablierte Rechtsextremismusforschung nun aktuell vor?² Es ist zu erwarten, dass deren ProtagonistInnen es weder vermögen, das Phänomen theoretisch befriedigend einzuordnen, noch den Neonazis argumentativ etwas entgegen zu setzen, da sie selber in der Vorstellung, demokratisch kapitalistische Gesellschaften seien das begrüßenswerte „Ende der Geschichte“, verhaftet bleiben und sich somit außerhalb jeder „Systemkritik“ bewegen – von kleinen Korrekturvorschlägen wie einem funktionierenden Sozialstaat mal abgesehen. Damit soll nicht bestritten werden, dass die Untersuchungen einiger Autoren wie z.B. Hajo Funke oder Richard Stöss, beide mit dem Arbeitsschwerpunkt Rechtsextremismus tätig am

Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, durchaus wertvolle Zusammenstellungen enthalten können, nur dienen sie meist nicht dazu, den rechten „Antikapitalismus“ jenseits einer deskriptiven Ebene zu kategorisieren. Schließlich müssen die ExpertInnen ihre Untersuchungen auch an keiner linken, antikapitalistischen und antifaschistischen Praxis messen, allenfalls erteilen sie Empfehlungen an den Vater Staat oder die viel beschworene Zivilgesellschaft, beteiligen sich an AussteigerInnenprogrammen oder halten den ein oder anderen faktenreichen Vortrag.

Nur allzu leicht sind in der renommierten Forschung totalitarismustheoretischen Konzepten Tür und Tor geöffnet, wie das folgende Beispiel aus der Schriftenreihe des Dresdener „Hanna – Arendt Instituts“ zeigt. Henrik Steglich, der die NPD in Sachsen untersucht, behauptet dort: „Wie schon mehrfach erwähnt, kann die NPD in ihrer jetzigen Gestalt insofern als »untypische« rechtsextreme Partei gelten, als sie nicht auf strikten Antikommunismus und ein prinzipielles Einverständnis mit dem Kapitalismus festgelegt ist, sondern in Teilen eine Antwort auf die soziale Frage mit klassisch linken Argumentationsmustern versucht.“³ Fraglich an dieser These ist zunächst, ob die Kategorie „typische“ rechtsextreme Partei, die hier angewendet wird, angesichts der sich bereits Mitte der 1990er Jahre verschiebenden inhaltlichen Gewichtung zeitgemäß ist, vielmehr wäre hier zwischen den jeweiligen Strömungen der extremen Rechten zu differenzieren und z.B. auf die eher neoliberale Orientierung der Republikaner zu verweisen. Wie grundsätzlich falsch die obige Behauptung Steglichs aber ist, der vor dem Hintergrund einer alle „Extremisten“ gleichsetzenden Schablone argumentiert, bezeugt seine Annahme, die NPD sei nicht mehr auf „strikten Antikommunismus“ festgelegt. Zwar kann der rechte „Antikapitalismus“ weder als purer Kapitalismus im „sozialen Gewand“ noch als „Lüge“ bezeichnet werden, da die in den neonazistischen wirtschaftspolitischen Entwürfen angestrebte Autarkie einhergehend mit einem starken, eingreifenden Staat durchaus gegen die neoliberale Idee freier Märkte in Verbindung mit einem „schwachen“ Staat gerichtet ist – mit Kommunis-

mus haben die Konzepte von NPD, JN und Kameradschaften aber schlichtweg nichts zu tun. Es handelt sich weder um bloße rhetorische „Tricks“, noch um einen tatsächlichen Antikapitalismus im Marxschen Sinne. Auch wenn sich die Problematik antiamerikanischer und antisemitischer Ressentiments sowie verkürzter Kapitalismuskritik in Teilen der radikalen Linken nicht leugnen lassen, bleiben wesentliche Unterschiede zu den wirtschaftspolitischen Konzepten der Neonazis bestehen. Entscheidende Differenzen zwischen rechten und (antinationalen!) linken Kapitalismuskritikern sind der durch die Neonazis kolportierte positive und völkische Bezug auf die Nation als einem „überhistorischen“ Projekt sowie die Verbindung sozialer Kämpfe mit rassistischer Rhetorik. Im Zentrum steht eine imaginierte „Zinsknechtschaft“ gepaart mit verschwörungstheoretischen Ansätzen; nicht die Grundkategorie „Kapital“ wird kritisiert, sondern ganz im Sinne des nationalsozialistischen antisemitischen Duktus zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital unterschieden.⁴ So erklären die Autoren der Broschüre Zukunft statt Globalisierung... „die vorherrschende Zinswirtschaft“ zum „Grundübel“ des Kapitalismus, nicht ohne zu beklagen, dass „weite Teile des Nationalen Widerstandes in Deutschland“ [dies] noch nicht erkannt hätten.⁵

An dieser Stelle lassen sich noch am ehesten Überschneidungen zu (falscher) linker Kapitalismuskritik ausmachen, die selbstverständlich aufgezeigt werden müssen. Daraus aber im Gegenzug im völkischen Sozialismus linke Ansätze zu sehen, ist nicht nur falsch, sondern böswillig. Sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus werden im (neo)nationalsozialistischen Modell als materialistische Weltanschauungen dargestellt, deren gemeinsames (!) Ziel die Zerstörung der Nationen und Völker sei.⁶ Wie sehr sich dabei von antirassistischen linken Ideen abgegrenzt wird, zeigt die neuerdings wiederholt geäußerte geradezu paranoid wirkende Befürchtung, sowohl der kapitalistisch-bürgerliche Staat als auch die radikale Linke würden die Errichtung eines „Weltenstaates“ anstreben.⁷ Als Indikator für diese krude Annahme gelten der JN u.a. die staatliche Ausländerpolitik und die in diesem Kontext von linken Gruppen geforderte Möglichkeit zu unregulierter, freier Migration. Sowohl struktureller und offener Antisemitismus als auch Rassismus nehmen somit weiterhin einen hohen Stellenwert für die Neonazis ein, lassen sich nicht gegeneinander ausspielen und sind Distinktionselement zur (aufgeklärten) Linken.

Der von MarxistInnen konstatierte Klassenantagonismus wird zurückgewiesen, die Ausöhnung von Klassengegensätzen soll vor dem Hintergrund völkischer Identität und Kollektivität erreicht werden. Dementsprechend stellen die zitierten Neonazis nicht Kapitalismus als System an sich in Frage. Vielmehr soll der deutsche kapitalistische Markt gegenüber dem internationalen Kapital protegert werden. Antinationale Linke

bleiben durchaus Feindbild (als „Gefahr“ für nationale Identität) und werden mit gleicher Intensität bekämpft wie eh und je, auch wenn sich im Einzelnen Bezüge und Querfrontbestrebungen nachweisen lassen.

Dies wird von dem eingangs erwähnten Prof. Dr. Hajo Funke, der die NPD treffend als „neonationalsozialistische Bewegungspartei“ bezeichnet, die im Hinblick auf Zielsetzung, rassistischer Ideologie und operativer Taktik sogar über „die von Hitler repräsentierte nationalsozialistische Politik“ hinaus gehe, immerhin deutlich erkannt und benannt.⁸ Für den Berliner Politologen nimmt die JN in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle ein, indem sie als eine Art Sammelbecken mit einem der SS ähnlichen Eliteanspruch innerhalb der Bewegung fungiere.⁹ Nach Funke bleibt die Negierung und Abwehr von Klassenkonflikten und Gewerkschaften zugunsten eines „autoritär-solidarischen Volksstaates“ integraler Bestandteil der wirtschaftspolitischen Konzepte, der insofern auch immer eine Bekämpfung der klassenkämpferischen Linken beinhalten muss. Letztere erfolgt allerdings tatsächlich längst nicht mehr nur auf der Ebene von militanten Anti-Antifa-Strukturen, sondern schlägt sich auch in einer argumentativen Auseinandersetzung mit „der“ Linken nieder. In Publikationen wie z.B. der Deutschen Stimme oder der Antikap-Broschüre finden sich zunehmend (selbstverständlich ablehnende) Artikel über das Verhältnis im weitesten Sinne linker Gruppen und Parteien wie z.B. der WASG und der Linkspartei zur „sozialen Frage“.¹⁰

Unterscheidet sich nicht nur die Einordnung des rechtsextremen „Antikapitalismus“ in den Forschungsansätzen, variieren ebenfalls die Ansichten über die Ursachen des inhaltlichen Neugewichtes bei NPD, JN und Kameradschaften. Funkes Kollege Richard Stöss, Autor zahlreicher Studien über Rechtsextremismus, sieht einen engen Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands und der zunehmenden Relevanz sozialer Thematiken innerhalb des rechtsextremen Spektrums.¹¹ Schließlich, so die These, seien Themen wie Sozialabbau, Globalisierung etc. in den Neuen Bundesländern für die Menschen wesentlich aktueller als etwa Geschichtsrevisionismus und würden dementspre-

Anmerkungen:

- 1) Auch wenn die Parteizeitung der NPD, die Deutsche Stimme, schon seit Anfang der 1990er Jahre eine eigene Sparte zu dem Thema «Wirtschaft und Soziales» enthält, avancierte dieser Politikbereich erst Mitte der 1990er Jahre zum inhaltlichen Schwerpunkt. Toralf Staud sieht den Beginn dieser Neugewichtung bereits in den siebziger und achtziger Jahren begründet, allerdings habe erst die Wiedervereinigung den Rahmen geboten, die Beschäftigung mit der «Sozialen Frage» in Ostdeutschland zu einem Erfolg werden zu lassen. Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005, S.68.
- 2) In diesem Text werden Studien, die seit 2002 erschienen sind, zitiert, die sich in erster Linie der NPD, JN und Kameradschaften mit ihren völkischen Sozialismusvorstellungen widmen. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Thesen von z.B. Ptak und Schui über Zusammenhänge zwischen rechtsextremen und neoliberalen Konzepten die aktuellen «antikapitalistischen» Entwicklungen nicht treffend analysieren. Siehe dazu Ptak, Ralf: Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte. Betrachtungen zu einer wenig behandelten Frage, in: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Berlin 1996, S.901-922; Ptak, Ralf/Schui, Herbert/Blankenberg, Stefanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.
- 3) Steglich, Henrik: Die NPD in Sachsen, Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Dresden 2005., S.74.
- 4) Interessanterweise verzichten die Autoren der 2006 erschienen «Antikapitalismusbroschüre» auf offenen Antisemitismus, während sich in dem etwa 100seitigen «Grundlagenreader» klare antisemitische Aussagen finden lassen wie etwa die Behauptung einer «jüdischen Dominanz im Filmwesen vor 1933». Siehe dazu Zukunft statt Globalisierung – Kapitalismuskritik aus nationaler Sicht, März 2006, S.11 und der Artikel von Marion Gondek (Seite 14) dieser Broschüre.
- 5) Ebenda, S.5.
- 6) Die JN bezeichnet Kommunismus gar als «Zwilling» des Kapitalismus. Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN): Vorwärts zur deutschen Revolution!, www.jn-buvo.de, aufgerufen am 11.04.2006.
- 7) Ebenda.
- 8) Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, in: Schriftenreihe Politik und Kultur am OSI, Berlin 2002, S.91.
- 9) Ebenda, S.100.
- 10) Z.B. Gansel, Jürgen W.: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage, in: DS, 12/06.

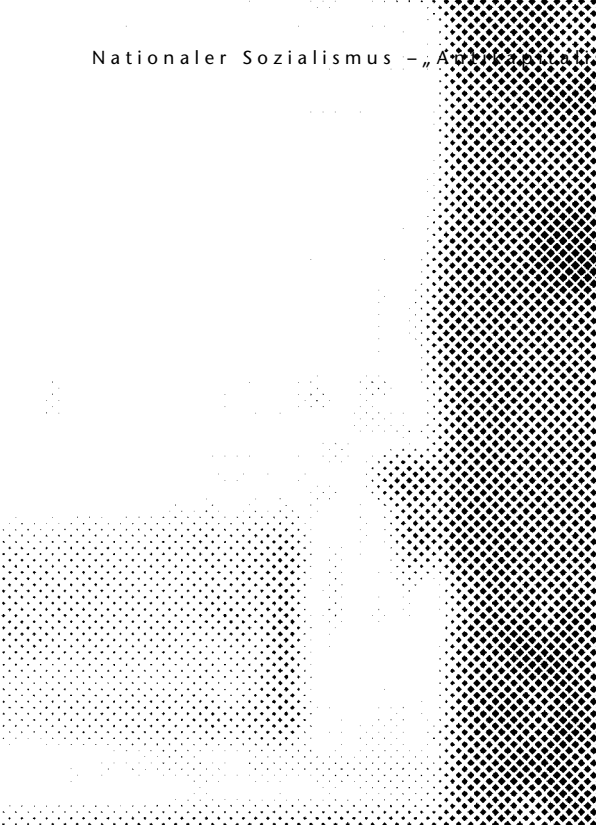
chend mehr Anknüpfungspunkte für eine Partei wie die NPD bieten, die bisher nur in diesem Teil Deutschlands nennenswerte Wahlsiege erlangen konnte. Stöss geht davon aus, dass die „Überfremdungskampagne“ der 1990er Jahre um den Aspekt Globalisierung erweitert wurde, diese also keinesfalls einfach abgelöst habe. Die Ursache für inhaltliche Veränderungen erscheinen damit bei Stöss als politisch-strategisches Mittel der NPD, sich neue Bevölkerungsschichten als Wähler und AnhängInnen zu erschließen. Mag dies zwar zunächst nachvollziehbar sein, liefert die Feststellung, dass völkisch-sozialistische Konzepte die Mobilisierung ostdeutscher WählerInnen offenbar ermöglicht hat, keine Erklärung, warum von den wirtschaftliche Problemen ausrechnet die extreme Rechte und nicht die Linke profitiert und wie es um den Einfluss dieser Ideologeme in Westdeutschland bestellt ist. Auch Anton Maegerle, der 2005 einen ganzen Band der Frage nach rechter Globalisierungskritik gewidmet hat, unterstellt in erster Linie strategische Überlegungen: „[...] Das eigentliche Interesse der Rechtsextremisten gilt nur vordergründig der Globalisierungskritik. Tatsächlich suchen sie nach Argumenten, mit denen sie ihrer antisemitischen, antiamerikanischen und ausländerfeindlichen Propaganda Widerhall verschaffen können.“¹² Eigentlich, so die Aussage, seien die Zielsetzungen also gar nicht „Antikapitalismus“ und „Anti-Globalisierung“, hinter den „vordergründigen“ Konzepten versteckte sich etwas ganz anderes. Damit folgt Maegerle der fälschlichen These, bei den sozialrevolutionären, völkischen Konzepten etwa von NPD und JN handle es sich um reine Demagogie. So richtig es inhaltlich ist, festzustellen, dass die neonazistische Kapitalismus- und Globalisierungskritik antisemitisch, antiamerikanisch und rassistisch ist, so falsch ist es zugleich, den Neonazis deshalb ein angeblich anderes Interesse zu unterstellen. Übersehen wird dabei die tatsächliche Bedeutung und Verinnerlichung der Thematik für die Neonazis, die einen strategischen Umgang mit derselben ja nicht ausschließen muss.

Maegerle koppelt seine Untersuchung über neue Formen des Rechtsextremismus an eine eigene, leider aber oberflächlich bleibende Kritik an den Folgen von Globalisierung und Sozialabbau. Reale Überschneidungen zwischen verkürzter linker und rechter Kapitalismuskritik werden zurückgewiesen, vielmehr verweist er an mehreren Stellen auf Texte und Aussagen von z.B. NPD-AnhängInnen, die jede Affinität zu „linker“ Globalisierungskritik zurückweisen. Ebenso wenig hilfreich wie die totalitarismustheoretischen Ansätze Steglichs ist es aber, wenn Problematiken wie verkürzte, auf die Finanzsphäre fokussierte Kapitalismusvorstellungen, die innerhalb der linken, globalisierungskritischen Bewegung sehr wohl existieren, nicht erkannt bzw. kritisiert, sondern ausgeblendet werden.

Ein weiteres Manko Maegerles ist es, dass er trotz des zahlreich ausgewerteten Materials in

seinen Thesen und Analysen ungenau bleibt, so formuliert er keine klare Einschätzung darüber, welche Gefahr tatsächlich von dieser „Diskursentgrenzung“ ausgeht, vielmehr betont er in seinem Fazit, dass „die extreme Rechte [...] bislang kein Kapital aus der breiten Akzeptanz von globalisierungskritischen Positionen in der Bevölkerung“ ziehen könne, da das Thema von Linken „besetzt“ sei.¹³ Eine mögliche Anknüpfung sieht er aber in dem von ihm kolportierten Bedeutungsverlust der Nationalstaaten auf dem „politischen Sektor“: „In dem Globalisierung die Entgrenzung der Welt, Migration, die Auflösung der Nationalstaaten und den Werteverfall beschleunigt und zu wachsenden Identitätsproblemen führt, bietet sie optimale Gelegenheitsstrukturen für die extreme Rechte, deren Ideologie in der Synthese von Nationalismus und Ethnozentrismus besteht.“¹⁴

Es stellt sich nicht nur die Frage, welche Werte angeblich „verfallen“ durch diese Akzentuierung wirkt es, als würde auch Maegerle Kapitalismus in erster Linie als kulturelles Phänomen begreifen. Die Annahme sich „auflösender“ Nationalstaaten kann bisher weder auf ideologischer noch politischer Ebene in dieser Einfachheit konstatiert werden. Gerade die Konflikte im Hinblick auf kriegerische Interventionen, wie etwa dem Irakkrieg 2003, aber auch um Strukturen und Entscheidungen innerhalb der EU zeigen die fortbestehenden unterschiedlichen Interessen von Nationalstaaten auf, denen notfalls auch die politische Durchsetzung folgt. Das Beispiel Deutschland beweist außerdem, wie eine Renationalisierung der Bevölkerung neben dem Ausbau einer eigenen starken Position innerhalb der EU gleichzeitig Bestandteil der etablierten Politik sein kann. Von einem Verlust des Bezugs auf einen nationalstaatlichen Rahmen angesichts der von Maegerle konstatierten angeblichen „Entgrenzung der Welt“ kann deshalb derzeit nicht die Rede sein, vielmehr wird auf



ideologischer Ebene die emotionale Identifikation mit der Nation in das Konzept Europa integriert. Insofern wäre wohl eher, provokant gesagt, eine Annäherung zwischen neonationalistischen und neonationalsozialistischen Argumentationen auf gesellschaftlicher, diskursiver Ebene zu untersuchen, als sich auf die These zu stützen, dass NPD und JN angesichts der Globalisierung eine (nationalistische) „Lücke“ füllen würden.

Wesentlich hilfreicher als die skizzierten Thesen von Steglich, Maegerle, Funke und Stöss sind die verschiedenen aktuellen Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung – so wird dort immerhin Gesellschaftskritik betrieben und antikapitalistischen Ansätzen von Antifaschismus Legitimität eingeräumt. Lorenz Korgel fragt etwa nach der Bedeutung der „Übernahmeversuche“ bestimmter Symboliken und Thematiken durch die extreme Rechte für die Linke und kommt zu dem Schluss: „Die Antwort kann nur in der menschenrechtlichen/demokratischen Verankerung der eigenen Politik liegen, die sich strikt vom Gleichwertigkeitsprinzip der Menschen leiten lässt. Außerdem wird es bedeutend sein, die Debatten um „Antiimperialismus“ und „Globalisierung“ aus der Enge nationalistischen oder gar national-chauvinistischen Lösungsmodellen eine klare Absage zu erteilen.“¹⁵

Wenngleich der positive Bezug auf „Menschenrechte“ neue Probleme aufwirft (so impliziert er ein offenbar recht unkritisches Verhältnis zum bürgerlichen Rechtsbegriff) ist der letzteren Aussage unbedingt zuzustimmen, schließlich fungiert gerade die Frage nach der Bedeutung von Nation und Nationalismus als wesentliches Distinktionsmerkmal zwischen den Versuchen, die „soziale Frage“ von rechts oder links zu besetzen – abgesehen davon, dass Nationalismus (auch von „links“) nie progressiv ist und der Bezug auf nationale Bewegungen oftmals vielmehr eigene Be-

dürfnisse nach revolutionärer Erfüllung befriedigt, als der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Realitäten dient. Christina Kaindl thematisiert ebenfalls mögliche Handlungsstrategien und Herausforderungen, die sich aus der Aneignung neuer „antikapitalistischer“ Diskurse innerhalb des rechtsextremen Spektrums für AntifaschistInnen ergeben. Auch für sie ist die Absage an nationale und wohlfahrtsstaatliche Modelle entscheidend: „Wenn die Linke mit einer Besetzung des Nationalen oder einer völlig aussichtslosen Verteidigung des Nationalstaats gegen die Globalisierung antritt, statt solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau zu formulieren, dann spielt sie in die Hände der modernen Nazis und bleibt immer in der Defensive.“¹⁶

Fraglich bleibt dann noch, mit welchen Inhalten die Begriffe „solidarische Vergesellschaftungsformen“ im einzelnen gefüllt werden müssen. Wir können jedoch festhalten, dass die Beschäftigung mit rechtem „Antikapitalismus“ für eine antikapitalistische antifaschistische Linke zwingend notwendig ist und gleichzeitig auch die Möglichkeit bietet, sich selber klar zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu positionieren und Alternativen aufzuzeigen. In diesem Sinne zitieren wir uns an dieser Stelle einfach selber: „Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis – von Menschen hervorgebracht – und als solches auch von den Menschen überwindbar. Die Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen muss insofern aber auch immer eine Kritik an den ideologischen Denkformen sein, in denen sich das historisch Gewordene und gesellschaftliche Hervorgebrachte in den Köpfen der Menschen zum scheinbar Ursprünglichen, Natürlichen oder Göttlichen verkehrt und verselbstständigt. Für die Mobilisierung zu den G8-Protesten bedeutet dies, der rechts- und linksruck bewegten Raserei gegen das Abstrakte ebenso eine Absage zu erteilen wie den Sinnstiftungen von „Volk“ und „Nation“, „Religion“ und „Kultur“.¹⁷

Ursula Meyer, TOP Berlin

Anmerkungen:

- 11) Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Bonn 2005, S.47.
- 12) Maegerle, Anton: Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten, Braunschweig 2005, S.17.
- 13) Ebenda, S.184.
- 14) Ebenda, S.11.
- 15) Korgel, Lorenz: Verkleidete Nazis oder neue Nazikleider? Zur Übernahme „linker“ Themen und Symbole durch rechtsextreme Szenen, in: quer aktuell. Band 4, Protokoll der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.: „Heute Sachsen – morgen Deutschland?“, Jena 24.-26.6.2005, S.139-149, hier S.149.
- 16) Kaindl, Christina: Rechtsextremismus am Standort Deutschland. Die „soziale Demagogie“ der extremen Rechten, in: Kinner, Klaus (Hrsg.): Die extreme Rechte im Osten, S.16-28, hier S.17. Siehe auch die aktuellere Version, aber in den Grundthesen gleiche des Textes in Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge-Widersprüche-Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd.29, Berlin 2006, S.60-76.
- 17) Ums-Ganze-Papier, Dezember 2006, www.umsganze.blogspot.de und www.top-berlin.net

**Globalisierungskritik
als Erfolgskonzept
für die extreme
Rechte in Deutschland?**

Der G8-Gipfel in Heiligendamm rückt näher und sowohl NPD als auch „Freie Kameradschaften“ bemühen sich, eigene Kampagnen gegen die Globalisierung auf Hochtouren zu bringen: NPD-Spitzenfunktionär Peter Marx hat 2007 „zum Jahr des volkstreuem Globalisierungs-Widerstands“ ausgerufen. Der G8-Gipfel, so Marx im NPD-Sprachrohr *Deutsche Stimme* (DS), werde als „Kristallisationspunkt nationaler Oppositionspolitik“ begriffen: „Wir werden unseren Demonstrationsschwerpunkt in diesem Jahr auf diesen fatalerweise im ärmsten Bundesland stattfindenden Gipfel der Bonzen richten.“¹ Ganz anders äußert sich Thomas Drescher in der aktuellen Ausgabe der DS. In den bevorstehende Protesten gegen den G8-Gipfel sieht er vorrangig die Gefahr von Ausschreitungen, deren Kosten vor allem die kommunalen Kassen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern belasten würden. Allein dies sei Grund genug, gegen den G8-Gipfel zu sein² – dementsprechend konzentriert sich die NPD in Mecklenburg-Vorpommern bisher auch auf die Forderung an die Landesregierung, das Treffen der Industrienationen im beschaulichen Heiligendamm „abzusagen“. Gänzlich inaktiv will man aber nicht bleiben, 1500 Personen erwartet die NPD nach eigenen Angaben bei einer Demonstration unter dem Motto „Nein zum G8-Gipfel – Für eine Welt freier Völker“ am 2. Juni in Schwerin. Auch die Kameradschafter planen gemeinsam mit der NPD-Hessen einen Monat nach dem G8 eine Demo in Frankfurt a.M., der „Stadt der Banken und der Börse, der internationalen Hochfinanz und der „Global Player“³. Man(n) zeigt sich in der Szene über die Einschätzung der Globalisierung einig und teilt auch das diesbezügliche „Wörterbuch zur Globalisierung“⁴, auf den Seiten der Antikap-Kampagne hochtragend unter dem Link „Theorie“ zu finden.

Grundsätzlich ist aber nicht davon auszugehen, dass außer einigen Hooligans und „autonomen Nationalisten“, die sich, „(...) in der Hoffnung mal an echten Riots teilzunehmen, unter die Protestierenden mischen“⁵ könnten, eine nennenswerte Anzahl von Neonazis an den direkten Anti-G8-Demonstrationen beteiligt sein wird – zumindest nicht als wahrnehmbare Fraktion innerhalb des Anti-Globalisierungsprotestes. Dies sagt jedoch noch nichts über die generelle Relevanz der Thematik für das extrem rechte Spektrum von NPD, JN und Kameradschaften aus.

Bereits seit einigen Jahren haben NPD und die ihr z.T. nahe stehenden Freien Kameradschaften das Thema Globalisierung einhergehend mit Antikapitalismus für sich entdeckt. Diese Tendenz hat sich Ende der 1990er Jahre abgezeichnet und zu Beginn des neuen Jahrtausends bestätigt. Im Laufe der letzten Jahre versuchte insbesondere die NPD mehrfach, die Thematik „Globalisierung“ zum Kampagnenaufhänger zu machen und sich so in (linke/linksalternative) globalisierungskritische Diskurse einzuklinken. So hat die DS in unterschiedlichen Abständen immer wieder Schwerpunktartikel zum Thema Globalisierung veröffentlicht und

in den Jahren 2001 bis 2004 programmatische und relativ theorielastige Beiträge dazu publiziert – Vorreiter ist hier Jürgen W.Gansel, der auch in den aktuellen Ausgaben der DS anlässlich des bevorstehenden G8-Gipfels Texte liefert. Darüber hinaus finden sich globalisierungskritische Inhalte in den verschiedenen Wahlprogrammen der NPD, wie z.B. angesichts der Europawahl 2003 oder der Bundestagswahl 2005.⁶

Bis heute kann man aber konstatieren, dass es den Neonazis nicht gelungen ist, zu einer relevanten Kraft innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung zu werden. In einer altbekannten Mischung aus Selbstüberschätzung, Realitätsverlust und Propaganda wird in den verschiedenen Publikationen und Internetquellen wie z.B. der homepage des Landesverbandes der hessischen NPD auf vermeintliche Beteiligungen an und Schulterschlüsse mit der No-Global-Bewegung verwiesen – dort heißt es z.B., ein erfolgreiches Querfrontkonzept zwischen linken und rechten Globalisierungsgegnern habe seit den Protesten gegen das Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle 1999 verwirklicht werden können.⁷ Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei den Demonstrationen in Nizza, Prag oder Genua auch Neofaschisten beteiligt waren, einen Pakt zwischen Anti-Globalisierungsbewegung und extremer Rechter hat es jedoch de facto bis heute nicht gegeben.

Nichtsdestotrotz gibt es im Hinblick auf einige Interpretationen und Deutungen der Globalisierung seitens der extrem rechten Gruppierungen durchaus Anknüpfungspunkte zu nicht-rechten Positionen.

Das Aufkommen der „globalisierungskritischen“ Töne in der extremen Rechten geht einher mit einer konstanten Erneuerung bzw. Revitalisierung völkischer Kapitalismuskritik und ihrem Bemühen um eigene Standpunkte in der „sozialen Frage“. In den hierbei verwendeten Thesen können sie an klassische nationalrevolutionäre und „Strasserische“ nationalsozialistische Theoreme anknüpfen.⁸ Dabei gilt es, die Bemühungen der extremen Rechten um eine Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen ernst zu nehmen, ohne zu übersehen, dass das Aufgreifen derartiger Inhalte und Thematiken immer auch eine sehr starke taktisch-strategische Begründung enthält: Gesamtgesellschaftliche Phänomene wie die Konjunktur diverser globalisierungskritischer Inhalte und Aktionen, der Unmut über Kürzungen im Sozialbereich und die Kritik an militärischen Aktionen und Kriegen schaffen für die extreme Rechte ein mögliches Agitationsfeld, in dem sie ihre rassistischen und nationalistischen Inhalte verankern können. Nichtsdestotrotz dürfen derlei Aktionen und Kampagnen nicht ausschließlich als taktisches Mittel der Nazis verstanden werden, da ihr in den letzten Jahren gestiegenes Bemühen um die Fundierung theoretischer Positionen und die zunehmenden Versuche, Kader diesbezüglich zu schulen, durchaus auf ein authentisches

Anmerkungen:

- 1) www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/volkstreuerglobalisierungswiderstand
- 2) DS, 4/2007.
- 3) www.antikap.de/
- 4) www.npd-hessen.de
- 5) Heine, Torben: Antikapitalismus von Rechte, in: analyse und kritik, Nr. 515, S.6.
- 6) Desweiteren existiert eine Veröffentlichung der Bundes-NPD mit dem Titel „12 Thesen zum Globalismus“, die man als Grundsatzprogramm der Partei bezüglich Globalisierung verstehen darf.
- 7) www.npd-hessen.de
- 8) Siehe dazu auch den Beitrag Antikapitalismus von rechts? Das Projekt „Nationaler Sozialismus und seine historischen Vorläufer von Joachim Bons in dieser Broschüre.

Interesse an globalisierungs- und kapitalismuskritischen Standpunkten schließen lassen. Die propagierten (völkischen) Lösungen und „Antworten“ auf die Zumutungen des globalisierten Kapitalismus sind aber nicht nur falsch, sondern wären (konsequent gedacht und umgesetzt) für viele Menschen das sichere Todesurteil.

Globalisierung zeichnet sich durch rasante Veränderungen innerhalb verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche aus. Weite Teile der globalisierungskritischen Bewegung haben Jahre lang insbesondere, und z. T. ausschließlich, auf die ökonomischen Dimensionen der Globalisierung und deren katastrophale Folgen für gesamte Gesellschaften und sozialstaatliche Standards hingewiesen. Daneben ziehen diese Entwicklungen des

ger spielt und versucht, mittels geschickt (aber im Grunde geheuchelter, verlogener) vertretener Kapitalismuskritik und Gegnerschaft zur Globalisierung sozialen Bewegungen Rassismus und völkische Programmatiken „unterzujubeln“, sondern weil sie selber tatsächlich ihre ureigensten Bastionen und ideologischen Grundfeste in Gefahr sieht. Die oben beschriebene Art der Wahrnehmung des Phänomens Globalisierung impliziert in den Augen der extremen Rechten eine Gefährdung von Nation, Volk, staatlichen Territorialgrenzen und völkischen Identitäten. Nicht zuletzt dürfen auch die tagtäglichen eigenen Erfahrungen dieser Protagonisten und ihrer AdressatInnen zu den globalisierungs-feindlichen Positionen beitragen, d.h. NPD u.a. können an den realen Ängsten und Alltagserlebnissen der Individuen anknüpfen, wie Torben Heine richtig festgestellt hat: „[...] Ein Großteil ihrer potentiellen WählerInnen hat inzwischen realisiert, dass die Sicherung des „Standorts“ mit neoliberalen Rezepten auch sie in prekäre soziale Lagen bringen kann“.⁹

Neofaschisten beobachten also Folgen der Globalisierung und konstatieren¹⁰: Es herrsche ein menschenverachtender Globalisierungsterror, ein vaterlandsloser Raubtierkapitalismus insbesondere in Form eines heimatlosen, internationalistischen, universalen Finanzkapitals das trotz seines als heimatlos definierten Charakters an der US-Ostküste lokalisiert wird. Ziel der auf diese Weise personifizierten Globalisten bzw. außereuropäische(n)

Kapitalbesitzer sei die Durchsetzung einer One-World-Ideologie. Die Vertreter dieser Ideologie des „nomadische(n) Händlergeist(s)“, führten einen Angriff auf das Territorial-, Souveränitäts- und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten, lieferten das Volk dem internationalen Kapital aus und zerstörten Werte und Traditionen im Zeichen eines kulturlosen Materialismus.

Das internationale Finanzkapital sei mittels der Globalisierung zum letzten Gefecht für die Errichtung eines „globalen Weltmarktes gegen alle nationalen Volkswirtschaften und völkischen Gemeinschaften“ angetreten. Als Folge dieser „Angriffe“ würde die „gesamte völkisch-kulturelle Identität des deutschen Volkes“ zerstört. Aufgrund des „multiethnischen und multikulturalistischen Vermischungsextremismus“ stehe die kulturelle und biologische Vernichtung der Völker Europas bevor. Wird Globalisierung in den Publikationen der extremen Rechten in der Regel mit den USA gleichgesetzt, so bedeutet dies aber nicht, dass europäische Institutionen ausgespart werden, schließlich diene auch die EU nichts anderem als der Entmündigung der Völker und der Durchkapitalisierung ihrer Lebensverhältnisse.

Soweit die Diagnose von NPD und Kameradschaften. Diese verlangt folgerichtig nach einer Antwort seitens national-solidarisch fühlender Menschen. Hierzu bedürfe es einer „antikapitalistische(n) Front der Jungen von rechts

Kapitalismus aber auch deutliche Veränderungen im kulturellen, politischen und technologischen Bereich mit sich. Die zunehmende Relevanz und Macht verschiedener ökonomischer Sparten geht einher mit einer immensen Beschleunigung von technologischen Prozessen, sowie der steigenden Deterritorialisierung von Politik, bzw. ihrer „Anhebung“ auf supranationale Ebenen. Vor diesem Hintergrund reagieren viele Menschen, die glauben, dass ihre bisherigen Identitäten und gewohnten Bezugsgrößen massiv an Relevanz verlieren würden, mit Unsicherheiten und z. T. manifesten Bedrohungsängsten.

Genau hier kann die extreme Rechte anknüpfen. Nicht weil sie, wie einige Linke das bis heute behaupten, nur den klassischen Rattenfän-

bis links“ (wobei klar sei, dass nicht-nationale „Elemente“ nicht geduldet werden). Diese Front müsse verschiedene Maßnahmen durchführen, um das die prognostizierte Vernichtung der Deutschen abwenden zu können. Die genannten politischen Ziele sind folgende: Gesetz zur Ausländerrückführung, Schutzzölle auf ausländische Waren, Reform der bestehenden (Zins-)Geldverfassung, Bodenrechtsreform zur Verhinderung der Spekulation um Raum und Boden, Einführung einer raumorientierten Volkswirtschaft, Bewahrung der Natur und Volksgesundheit durch Naturschutz, Wiederherstellung eines „geschlossenen Volkswillens“ und der „wurzelhaften, homogenen und bodenständigen Volksgemeinschaft“ gegen die „Atomisierung“ innerhalb der individualisierten Massengesellschaft mit ihrem Generationen- und Klassenhass, Individualismus und Egoismus, ihrem ethnischen, konfessionellen und sozialen Konfliktpotenzial. Hierzu wollen Kameradschaften und NPD auf die „heimischen“ deutschen Bauern und den Mittelstand setzen, das „schaffende Kapital“ in die Volkswirtschaft „reintegrieren“, fremde Raumstörer und Raumschmarotzer des Landes verweisen und letztlich die „autarke“ Nation wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zuführen, der Selbstbestimmung nach innen und außen, der wirtschaftlichen Selbstversorgung, der militärischen Selbstverteidigung und der kulturellen Selbstverwirklichung nach eigener Art und Weise.

Diese exemplarisch dargelegten neofaschistischen Statements zum Thema Globalisierung und insbesondere die darauf folgenden Forderungen und „Antworten“ seitens NPD und Kameradschaften stellen tatsächlich sehr alte Standpunkte der deutschen Rechten dar. In der bekannt kruden Mischung aus antisemitischer Verschwörungstheorie und verkürzter Kapitalismuskritik brühen die aktuell relevantesten Strömungen der deutschen extremen Rechten eine alte Suppe neu auf.

Apokalyptisch vorgezeichneten Bedrohungen wird die geschlossene, homogene Volksgemeinschaft entgegengestellt, die jenseits aller Klassengrenzen die Deutschen vereine. Dieser Vision folgend und aus ihr resultierend ergeben sich quasi automatisch die Methoden und konkreten Schritte zur Realisierung einer solchen Einheit: die nicht-deutschen Menschen werden aus Deutschland entfernt, „deutsche“ Kultur homogenisiert und äußeren Einflüssen entzogen. Als deutsch definiertes Kapital bleibt unangetastet, während dem „raffenden Fremdkapital“ Enteignungen und Schutzzölle angedroht werden. Kurzum: die NPD und die Kameradschaften beantworten die Globalisierung mit Antisemitismus, Rassismus und völkischem Nationalismus. Dass es sich hierbei offensichtlich nicht um das handelt, was aufgeklärte Linke unter Antikapitalismus verstehen, stört die extreme Rechte nicht; im Gegenteil erklärt sie kurzerhand die Kritik ausschließlich an der Zirkulationssphäre zum tatsächlichen Antikapitalismus.

Die hier vorgestellten Konzepte extremer rechter Globalisierungskritik bieten auf den ersten Blick

einfache Lösungen und können an den in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung anzutreffenden Enttäuschungen und Frustrationen angesichts der eigenen sozialen Lage anknüpfen. Dies macht sie so attraktiv, insbesondere dort, wo Neonazis im lokalpolitischen Rahmen agieren und die Repräsentanzkrise, mit der die etablierten Parteien zu kämpfen haben, nutzen können. Gerade dort, wo der nette Nazi von nebenan sich für die Erhaltung lokaler Betriebe stark macht und dabei fleißig gegen die „Bonzen“, „Systemparteien“ und „schmarotzenden Ausländer“ hetzt, kann das Konzept Volksgemeinschaft zumindest ideologisch seine Früchte tragen. Ohne die eigene Position in Frage stellen zu müssen, ohne eine konsistente Gesellschaftskritik bieten zu müssen, können sich die Mitglieder und AnhängerInnen von NPD und Kameradschaften als radikal systemopponente Kraft inszenieren und Politikverdrossenheit durch die grassroots-ähnliche Präsenz vor Ort auffangen. Das scheint zumindest in einigen Teilen Ostdeutschlands zu funktionieren, wie auch die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt haben, wo die NPD vor allem in den zahlreichen kleinen Orten punkten konnte, in denen direkter Kontakt zwischen den „Parteikameraden“ und potentiellen WählerInnen bestand. Es ist deshalb nicht nur die vermehrte inhaltliche Zuwendung zur „sozialen Frage“ in Form völkischer Sozialismusvorstellungen, sondern vor allem die Verbindung dieser Inhalte mit einer bestimmten Art, Politik zu betreiben, bei der die Menschen „dort abgeholt werden, wo sie stehen“, die Parteien wie die NPD zumindest für Wahlen attraktiv wirken lassen.

Inwieweit ihre Thesen bei den Menschen trotz ihrer offenkundigen rassistischen und antisemitischen Positionen Anklang finden, oder ob sie sogar gerade wegen dieser Grundlagen attraktiv erscheinen – diese Antwort kann hier nicht gegeben werden.

Dass bürgerliche Subjekte in der Lage sind, ihre politischen Entscheidungen entgegen ihrer eigenen sozialen und politischen Interessen und insbesondere jenseits jeglicher rationaler Realität treffen, wird allerdings seit Jahren am „Antisemitismus ohne JüdInnen“ und am „Rassismus ohne AusländerInnen“ deutlich – und lässt zumindest die Befürchtung zu, dass die extreme Rechte mit ihren Ansätzen Resonanz findet. Dies gilt insbesondere, da sich die „Weichspülervariante“ der rassistischen, antisemitischen und antiamerikanischen Inhalte extrem rechter Globalisierungskritik seit Jahren auch in den populistischen Verlautbarungen einiger Gewerkschaften und so manchen Parteien findet und somit Teil des gesellschaftlichen mainstreams ist.

Stefan Trüb

Anmerkungen:

- 9) Torben, Heine, a.a.O.
- 10) Alle folgenden kursiven Zitate entstammen Artikeln der DS seit 2001 zum Schwerpunktthema Globalisierung, verschiedenen Wahlprogrammen der NPD sowie der 2006 erschienenen Broschüre Zukunft statt Globalisierung.

Die „soziale Frage“ als Thema in der neonazistischen Kameradschaftsszene

„Fast alle Probleme der heutigen Zeit sind auf Kapitalismus und Globalisierung zurückzuführen und es genügt eben nicht gegen Hartz IV, Auslandsverlagerungen und EU-Richtlinien vorzugehen, ohne die eigentliche Ursache anzugreifen. Wir sind schließlich keine reformistische Bewegung, sondern bewusst an der Wurzel des Übels und der Schaffung eines gänzlich neuen Systems interessiert.“¹

Dieser Textauszug bringt die derzeitige politische Ausrichtung innerhalb der rechten Szene auf den Punkt, ist doch in den letzten Jahren ein immenser Bedeutungszuwachs der „sozialen Frage“ zu verzeichnen. Auch die Freien Nationalisten aus dem Kameradschaftsspektrum haben ihr Agitationsfeld sukzessive um sozialökonomische Themen erweitert. Widmeten sie sich mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen dabei anfangs noch aktuellen Bezügen wie beispielsweise den Hartz IV-Protesten oder der Agitation gegen die Einführung des Euro, mobilisieren sie seit Beginn letzten Jahres für eine generelle Auseinandersetzung mit antikapitalistischen Alternativen. Unter dem Motto „Kapitalistische Normalitäten angreifen“ wurde deshalb im März 2006 auf einer Strategieveranstaltung die in Kooperation mit JN-Aktivist*innen ins Leben gerufene sogenannte Antikap-Kampagne vorgestellt.

Der Zeitpunkt für den Start der Kampagne war klug gewählt, ist doch nach einem Jahr Vorlaufzeit besonders im Hinblick auf den im Sommer anstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm mit einem erhöhten gesellschaftlichen Diskussionsbedarf über Kapitalismus im weitesten Sinne und medialer Aufmerksamkeit für Sozialproteste zu rechnen. Aber nicht nur im Bezug auf das politische „Alltagsgeschäft“ stellt die Antikap-Kampagne den Versuch dar, die hierfür benötigten antikapitalistischen Akzente von rechts im Argumentationsrepertoire der Kameradschaften zu schärfen. Den Initiator*innen gilt „dieses Projekt, diese Kampagne als Grundstein einer neuen, nationalen und sozialistischen Jugendbewegung“.² Die breite Unterstützung durch diverse NPD-Landesverbände, JN und Aktionszusammenschlüsse der Freien Nationalisten, die eigens für die Kampagne eingerichtete Internetpräsenz sowie die als Schulungs-

material erstellte Antikap-Broschüre verdeutlichen den Stellenwert, der diesem Projekt im Kampf um eine gemeinsame politische Willensbildung zugewiesen wird. Die Antikap-Kampagne ist somit ein wichtiger Schritt, das politische Problembewusstsein der Freien Nationalisten im Sinne der anvisierten national-sozialistischen/nationalrevolutionären Systemalternative zu bündeln und voranzutreiben. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Einen guten Einblick über den bisherigen Stellenwert „antikapitalistischer“ Diskussionen in der Kameradschaftsszene bietet die Lektüre selbst erstellter Publikationen und Fanzines. Politisierungsgrad, Selbstverständnis und Zielgruppe bestimmen hier die unterschiedliche inhaltliche Verfasstheit. Ungeachtet der daraus resultierenden Vielfalt, wurden prononciert sozialökonomische Themen lange Zeit nur sporadisch und meist im Zusammenhang mit Mobilisierungsaufrufen verarbeitet. Inhaltlich kreiste die Kameradschaftsszene in Selbstfindungsprozessen zunächst um sich selbst. Daneben bestimmten geschichtsrevisionistische „Heldenverehrung“, antisemitische Verschwörungsmysmen, Wikingerlegenden und Runenkunde das Bild. Die „soziale Frage“ begannen sich die Freien Nationalisten erst vermehrt um die Jahrtausendwende zu stellen. Stützt sich die seitdem artikulierte Kapitalismuskritik im Wesentlichen auf alle bekannten rechten Ideologeme, variiert die dabei verwendete Rhetorik abhängig von der Zielgruppe allerdings erheblich.

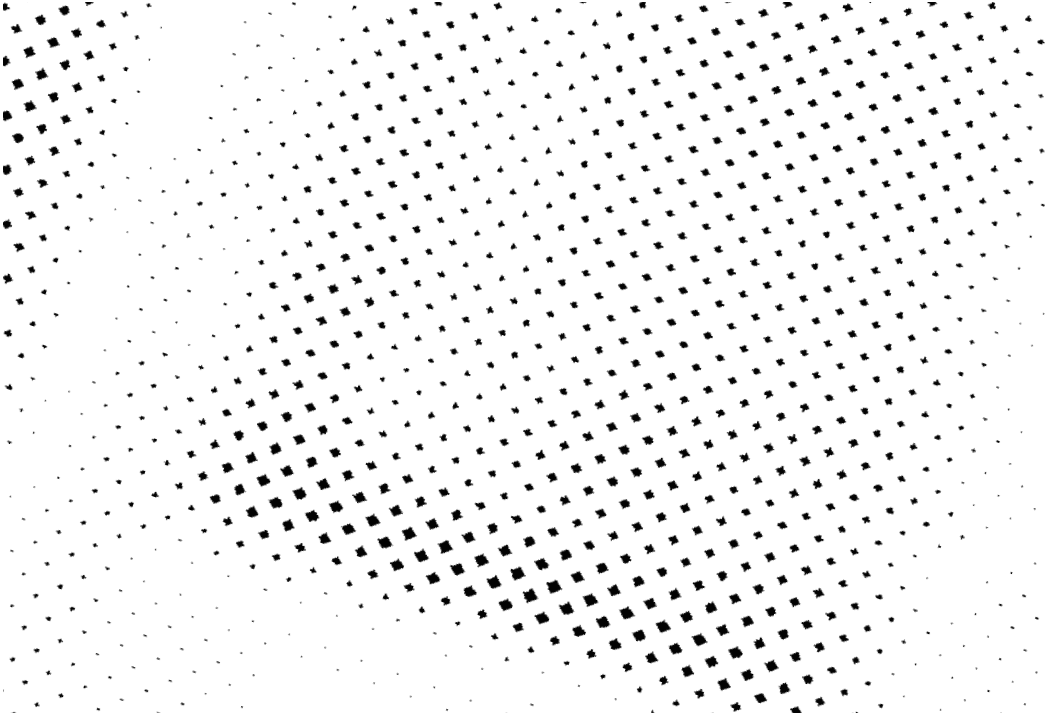
Die originär „von der Szene für die Szene“ produzierten Fanzines, die so einschlägige Namen wie *Froindschaft*, *Triskele* oder *Volktreue Zeiten* tragen, bedienen auch in ihrer Kapitalismuskritik beinahe durchgängig aggressiv antisemitisch aufgeladene Sprachcodes wie JerUSAlem oder ZOG (Zionist Occupied Government) als bewährte plakative Feindbilder. Kapitalistische Globalisierungsprozesse werden in diesem verschwörungsideologischen Kontext hauptsächlich als „anglo-jüdisches“ Unterwerfungsinstrument betrachtet, dessen gefährliche Folge ein „dekadenter, fauler, veramerikanisierter und multiethnischer Einheitsbrei“³ sei. Eine brachiale maskuline Bildersprache ergänzt um die Vokabeln Leistungswille, Unterordnung und Disziplin, korrespondiert

nahtlos mit wenig verklausulierten Bekenntnissen zum nationalsozialistischen „Volksstaat“. Das durch die immer gleichen Schlagworte nur schlecht kaschierte theoretische Defizit in den Szeneheften und die bis heute darin vorherrschende Oberflächlichkeit der politischen Auseinandersetzung, wurde selbst von Freien Nationalisten bemängelt.

des Nationalen Widerstandes zwischen den Koordinaten Antikapitalismus respektive nationaler Sozialismus. In diesen Diskussionen spiegelt sich die gesamte inhaltliche Heterogenität der Freien Nationalisten wider, deren „Linker“ Rand derzeit wohl von Schapkes Überlegungen zu einer zukünftigen Arbeitnehmer-Selbstverwaltung in Form syndikalistischer Räteysteme markiert werden dürf-

Anmerkungen:

- 1) www.antikap.de Thüringen: Theorie und Praxis – 150 Teilnehmer bei Strategieveranstaltung [15.02.2006]
- 2) Antikap-Broschüre, S.5.
- 3) Der schwarze Drache: XXXIV/XXX „Spiel mir das Lied vom großen Geld“, S.22.
- 4) Fahnenträger 8/2003 „Im Zwiegespräch mit der Redaktion der MDJ“, S.27.
- 5) www.fahnentraeger.net



Auch dem jahrelang in der Kameradschaftsszene Hoyerswerda aktiven Sepp Hagen alias Sebastian Richter, inzwischen ambitionierter Jungkader im JN-Landesvorstand Sachsen, war die Politisierung der Freien Nationalisten ein wichtiges Anliegen. Da er befand, dass „diese Jugend ihren Kampf nicht durch das Tragen von Szeneklamotten und Rockmusik austrägt, sondern aktiv am politisch kulturellen Kampf“⁴ teilnehme, gründete er 2001 ein „Gemeinschaftsprojekt Freier Kameradschaften aus Mitteldeutschland“ – die *Mitteldeutsche Jugendzeitung (MJZ)*. Die *MJZ* sowie die neueren Ausgaben des bereits zwei Jahre früher erschienenen *Fahnenträger* aus Mecklenburg-Vorpommern stehen stellvertretend für die jüngeren Modernisierungstendenzen innerhalb der Freien Kameradschaften. Beide Zeitschriften geben sich mittels poppigem „Radikal-Chick“ auf Hochglanz-Farbdrucktitelblatt selbstbewusst als überregionales Sprachrohr der „nationalen Sozialisten“ aus. Während die *MJZ* seit ihrer Gründung konsequent auf ein jugendliches Einsteigerpotential abzielt und sich dabei systematisch um eine ideologische Festigung ihrer Klientel bemüht, wandelte sich der *Fahnenträger* in den letzten Jahren vom Blatt im soldatisch geprägten „Landes-Design“ zum nationalrevolutionären Diskussionsforum. Zahlreiche Gastautoren, wie beispielsweise der rechtsintellektuelle Jürgen Schwab, Thomas Brehl vom *Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)* und Richard Schapke, bestimmen seitdem das Ringen um eine politische Standortbestimmung

te. Biographische Porträts über Che Guevara oder Subkommandante Marcos, Bezüge auf nationale „Befreiungsbewegungen“ und vermehrt ideengeschichtliche Verweise auf nationalrevolutionäre und -konservative Strömungen der Weimarer Republik verweisen darauf, dass zumindest ein Teil der Freien Nationalisten seine ideologischen Wurzeln nicht mehr völlig undifferenziert im historischen Nationalsozialismus zu reklamieren sucht. Dass diese Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, zeigt sich an dem erst jüngst im *Fahnenträger* veröffentlichten Gründungsauftrag einer Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten. Die hier von den Protagonisten eines „progressiven sozialistischen Nationalismus“ formulierte Absage an „völkische Wahnvorstellungen und Antijudaismus“ aber auch Sozialdarwinismus und Militarismus als „bürgerliche Denkstrukturen“ dürfte noch für einigen Gesprächsstoff innerhalb der Kameradschaftsszene sorgen.⁵

Ganz anders hingegen die konzeptionelle Ausrichtung der ausschließlich in den ostdeutschen Bundesländern beheimateten Boten (*Märkischer Bote*, *Insel Bote*, *Berliner Bote* usw.) und der vom *Heimatbund Pommern* herausgegebenen *Stimme der Heimat*. Nicht das Sendungsbewusstsein, eine national-sozialistisch/ nationalrevolutionäre Avantgarde zu formieren, steht hier im Mittelpunkt, sondern die Rekrutierung neuer Wählerschichten. Journalistisch eher hemdsärmelig, erfolgt in diesen kostenfreien Faltblattsammlungen (inzwischen auch im Internet) der Brückenschlag

zu originär rechten Feinbildern über die populistische Skandalisierung sozialer Probleme. Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Privatisierung sind die Stichworte, die nahezu durchweg an eine Diffamierung hierfür verantwortlich gemachter Politiker, Gewerkschaften oder Parteien gekoppelt sind. Unter der sattsam bekannten Stammtischrhetorik, die Bundesrepublik würde als „Sozialamt der ganzen Welt“ fungieren, wird hier an einen latenten Alltagsrassismus in der Mitte der Gesellschaft appelliert und dieser geschickt mit sozialökonomischen Abstiegsängsten verschmolzen. Auf regionalspezifische Besonderheiten zugeschnittene Artikel, wie beispielsweise die „Bedrohung“ des Mittelstandes durch die EU-Osterweiterung in grenznahen Gebieten oder über den lokalen Naturschutz, finden sich in nahezu jeder Ausgabe und somit auch mögliche Adressaten in allen sozialen Schichten. Das hat Methode: Mittels der so auf den bürgerlichen Erfahrungshorizont abgestimmten Thematisierung der „sozialen Frage“ wird vor allem versucht, politisch desillusionierten WählerInnen die NPD als deutschnationale (Wahl-)Alternative näher zu bringen. Als rechte Gemeinschaftsprojekte dienen diese Zeitschriften der propagandistischen Unterstützung der NPD in ihrem Kampf um „Köpfe und Parlamente“. Die zahlreichen Gastautoren der NPD, die regelmäßige Parteienwerbung sowie die personelle Zusammensetzung der Redaktionen sind exemplarisch für die kaum noch trennbare symbiotische Verzahnung zwischen NPD und Freien Nationalisten in einigen Regionen der ostdeutschen Bundesländer.

ANTIKAP – „KAMPF UM DEN GEMEINSAMEN WILLEN“

Auch bei der zur Eingangs erwähnten Antikap-Kampagne herausgegebenen Broschüre handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt. Der aus einer Abspaltung der JN hervorgegangene völkisch-germanisch rechtsintellektuelle *Bund Deutscher Volksgemeinschaft* aus dem Rhein-Neckar-Gebiet platzierte hier ebenso einen Artikel, wie der bereits vorgestellte verantwortliche Redakteur der *MJZ* Sepp Hagen. Der redaktionell größte Teil mit drei Gemeinschafts- und einem Einzelbeitrag stammt von dem zwischen nationalrevolutionärer und nationalsozialistischer Polemik oszillierenden *KDS* um Thomas Brehl, Axel Reitz und dem Ex-KPD-Mitglied Michael Koth.

Die antikapitalistische Rhetorik in der ca. zwanzig Seiten umfassenden Antikap-Broschüre lässt sich in ihrem Grundtenor wie folgt zusammenfassen: Die auf dem Verwertungsprozess menschlicher Arbeitskraft basierende kapitalistische Vergesellschaftung wird nicht in Frage gestellt. Privateigentum wird ausdrücklich bejaht, sofern sein Erwerb und Besitz „nicht der Allgemeinheit des deutschen Volkes“⁶⁶ schade. An der per se unterstellten Redlichkeit eines freien (deutschen) Unternehmertums und an dessen rechtmäßigem Platz in einer künftigen „nationalen und sozialistischen Volksfront aller Schaffenden“⁶⁷ besteht

für die Autoren somit keinerlei Zweifel. Anhand dieser Konstruktion wird eine doppelte Demarkationslinie abgesteckt. Zum einen erscheint Kapitalismus „aufgrund seines nomadischen Händlergeistes, seiner vagabundierenden, grenzenlosen Profit- und Spekulationssucht, seiner Verachtung für Volk und Heimat“⁶⁸ als eine Art angelsächsischer Exportartikel. Kapitalistische Vergesellschaftung wird hier in ein kulturelles Phänomen umgedeutet, welches der vermeintlich bodenständigen deutschen Wesensart diametral entgegen stehe – Kapitalismus ist somit etwas „undeutsches“. Das Phantasma einer genuin Land und Leuten dienenden Funktion des produktiven (deutschen) Kapitals figuriert in diesem Sinne als positiv besetztes Gegenstück zum negativ bewerteten internationalen Kapital. Zum zweiten bedient eine solcherart geäußerte Kapitalismuskritik den hinlänglich bekannten rechten Beißreflex auf die vermeintliche „Unsittlichkeit“ der Zirkulationssphäre. Der hier aufgemachte Gegensatz zwischen (nationaler) „schaffender“ Arbeit und (internationaler) „raffender“ Bereicherung, erhält mit der Ideologie einer durch gemeinsame Abstammung und Kultur zusammengeschweißten Volksgemeinschaft seinen spezifisch völkisch-nationalistischen Klebstoff. Die „antikapitalistische Sehnsucht“ der Antikap-Autoren reduziert sich somit auch auf die übliche rechte Gefahrenabwehr „sittlich-kultureller und biologischer Überfremdung“ als Folge internationalisierter Kapitalverhältnisse, der nur mit der Rekonstruktion der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft begegnet werden könne. Als dritter Weg „jenseits von Marxismus und Liberalismus“⁶⁹ gelte es zudem im „Inneren“ Kapital und Arbeit zugunsten der Nation miteinander zu harmonisieren und gesellschaftliche Widersprüche unter dem Credo „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ aufzulösen. Die Feindbilder Liberalismus, Internationalismus, Marxismus und (internationaler) Kapitalismus münden so im Modell eines, unter dem Primat „Blut und Boden“ volksgemeinschaftlich verbundenen, „nationalen Sozialismus“. In der Restauration dieser „natürlichen Ordnungsidee“, die jedem Individuum seinen Platz innerhalb und außerhalb imaginierter Volkskörper weltumspannend zuweist, findet die „soziale Frage“ ihre völkisch-nationalistische Antwort.

Zu diesen quer zusammengefassten Argumentationsmustern in der Broschüre, setzt Andreas Kühn, ehemaliges Mitglied der Pommerschen Aktionsfront und heute beim *KDS* aktiv, mit seinem Artikel über „Die Auswüchse des modernen Kapitalismus“ deutlich abweichende Akzente. In seiner Analyse bilden sowohl die Eigentumsverhältnisse, als auch der Mehrwert (wenn auch nicht im klassisch marxistischen Sinne und mit einer ungenauen Terminologie) zentrale Bezugspunkte. Der Autor bemüht weder den schwulstigen Pathos kulturell-biologischer Untergangsszenarien, noch die anderen gängigen rechten Feindbilder. Sein Text vermittelt vielmehr den Eindruck „grundsolider“ humanistischer bis linksreformistischer Kritik, die

neben der Auseinandersetzung mit neoliberalen Worthülsen auch auf die verheerenden sozialökonomischen Probleme in der südlichen Hemisphäre einzugehen weiß. In bester „Querfrontrhetorik“ sieht Kühn denn am Ende seines Beitrages u.a. Globalisierungsgegner, Umweltschützer, Sozialisten und Syndikalisten, die sowohl „Links und Rechts der vorherrschenden Systeme“¹⁰ stehen, als „breite Front gegen das System der kapitalistischen Ausbeuter“ aufmarschieren. Mag dieser Vertreter „Linker Leute von rechts“ auf den ersten Blick etwas deplaziert wirken, erfüllt er doch eine wichtige Funktion. Deshalb zunächst ein Blick auf „Art der Verarbeitung“ des zu vermittelnden politischen Standpunktes in der Antikap-Broschüre.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus sowie die Vorstellung der Systemalternative „Nationaler Sozialismus“ verläuft in der Broschüre fast ausschließlich über das diskursive Aufgreifen linker oder „systemrechter“ Positionen. Diese Strategie der Antizipation hat mehrere Vorzüge. Zum einen wird über die Konfrontation mit gegnerischen politischen Standpunkten die eigene Position akzentuierter herausgearbeitet; die zukünftigen „Multiplikatoren“ werden über diese Auseinandersetzung zusätzlich mit Argumenten versorgt und geschult; Neueinsteigern vermittelt sich das Bild wohl durchdachter, der heutigen Situation durchaus angemessener Überlegungen. In diesem Sinne bemühte sich die Autorengemeinschaft auch hinsichtlich antisemitischer und rassistischer Ressentiments um eine demagogisch sichtlich „entschärfte“ Version (ohne indessen ganz darauf zu verzichten). Nicht ewig gestrig möchte der Nationale Widerstand erscheinen, sondern als Verkünder einer einst „gescheiterten“, aber heute wieder aktueller denn je befundenen Idee. Dieses anvisierte Ziel verlangt aber zunächst nach einer gesellschaftlichen Rehabilitierung, Neukonstituierung und Akzeptanz national-sozialistischer Deutungsmuster. Formulierungen wie „Weil der Kapitalismus international ist, muss der Sozialismus national sein“¹¹ sind dabei mehr als Wortspiele. Die Problematisierung der „sozialen Frage“ wird hier zum Feld der ideologischen Auseinandersetzung im „Kampf um Begriffe, um die Definitionsmacht in der Gesellschaft, als ein Kampf um die «kulturelle Hegemonie»“¹² erweitert.

Die mit der Kapitalismuskritik verwebte Auseinandersetzung um die Begriffe Nation und Sozialismus dient somit nicht nur als Abgrenzungsinstrumentarium von der Linken oder der neoliberalen „Systemrechten“. Sollte letztere ihrer Verpflichtung zur „nationalen Solidarität“ nachkommen, stehen für diese deutliche Integrationsangebote bereit. Die vermeintlichen Avancen an die Linke sind hingegen klar limitiert: „Rechte Leute von links“ kann es nur unter nationalistischen Konditionen geben. Neben dem „internationalen Kapital“ ist eine internationalistische und am Klassenkampf orientierte Linke somit nach wie vor der Hauptfeind. Die Antikap-Broschüre bezweckt demnach weder die tatsächliche Umset-

zung von Querfrontideen, noch ist sie ein reines Begriffsmimikry, sondern der Versuch einer eigenständigen politischen Positionierung der Freien Nationalisten. Adressaten sind – neben den „Unzufriedenen“ aus der Mitte der Gesellschaft – zunächst das eigene Spektrum, um die darin vorhandenen divergierenden Auffassungen zu bündeln und zugunsten einer breit gefassten Willensbildung voranzutreiben.

Zahlreiche, zumeist mit der NPD durchgeführte Antikap-Demonstrationen, antikapitalistische Kaffeefahrten und andere öffentlich wirksame Aktionen verweisen auf die erfolgreiche Akzeptanz der Kampagne in der Kameradschaftsszene. So erlebte ein von Michael Kühnen bereits Mitte der siebziger Jahre erprobtes mediales Spektakel ein unverhofftes Revival: Mit Schafs- und Eselsmasken bestückt, schleppten Freie Nationalisten aus Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Salzwedel und Klötze Sandwichplakate herum, auf denen neben der Internetadresse der Antikap-Kampagne Aufdrucke mit den Inhalt: „Ich Esel glaube immer noch, dass ich im BRD-System eine Zukunft habe!“, „Ich Schaf bin nur noch ein Arbeitsklave für das Kapital!“ und „Ich Esel glaube immer noch, dass Multikultur eine Bereicherung ist!“ zu lesen waren. Die ohnehin schon lange existierenden Mobilisierungsseiten im Internet gegen die Agenda 2010, beispielsweise vom Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland oder vom Aktionsbündnis Rhein-Neckar wurden inzwischen um die Antikap-Präsenz ergänzt. Kaum eine der rechten Internetseiten kommt, sofern sie sich nicht mit eigenen Beiträgen in die Diskussion um die „soziale Frage“ oder „nationalen Sozialismus“ einbringt, ohne einen Verweis auf dementsprechende Internetauftritte aus. Unter Transparenten mit Aufschriften „Aufstehen gegen globalen Kapitalismus, Sozialismus jetzt!“ oder „Freie Menschen, statt freie Märkte“ marschieren der Nationale Widerstand – und wie reagiert die radikale Linke?

Das alles als phantasielose Übernahme linker Symbolik oder reine Sozialdemagogie zu geißeln, wird dem nachzuweisenden Bedeutungszuwachs antikapitalistischer Diskussion innerhalb der Kameradschaftsszene nicht gerecht und verstellt zudem den Blick auf eine politisch hochbrisante Entwicklung. Will die radikale Linke nicht die Beantwortung der „sozialen Frage“ den Nazis überlassen, muss sie sich nicht nur verstärkt mit den neueren ideologischen Konzepten der Rechten auseinandersetzen, sondern wieder eigene Akzente in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung setzen.

Marion Gondek

Anmerkungen:

- 6) Antikap-Broschüre, S.11.
- 7) Ebenda, S.9.
- 8) Ebenda, S.8.
- 9) Ebenda, S.20.
- 10) Ebenda, S.19.
- 11) Ebenda, S.9.
- 12) Cremet, Jean: Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen, in: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (Hrsg.), Jena 1999, S.11.

Antikapitalismus von Rechts?

Das Projekt «Nationaler Sozialismus» und seine historischen Vorläufer

Die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* (DS) beschwört den „nationalen Antikapitalismus“, will den „Kapitalismus zerschlagen“¹ und Aktivisten der Partei präsentieren auf ihren Aufmärschen Parolen wie „Gegen Kommunismus, gegen Kapitalismus für deutschen Sozialismus“. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt 1996 verband sich ein politischer Wandel von NPD und Jungen Nationaldemokraten, der die Partei nun in den Fußstapfen der verbotenen FAP strategisch darauf orientiert, die soziale Frage von rechts zu besetzen und sich als Fundamentalopposition zu präsentieren, die einzig imstande sei, die sozialen und politischen Probleme des „deutschen Volkes“ zu lösen. Sie propagiert die sozial- und wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates (Primat der Politik) und zieht gegen Globalisierung, Sozialabbau (Hartz IV) und Neoliberalismus zu Felde. Hier steht die NPD, ähnlich wie die „Freien Kameradschaften“, durchaus im Gegensatz zu anderen Teilen der hiesigen Rechten, die wie die Republikaner, eher marktradikal auftreten und dem neoliberalen Mainstream hinterher hecheln.

Die NPD hingegen knüpft ziemlich offen und zum Teil auch terminologisch bis in die einzelnen Formulierungen wie z.B. anhand der Verwendung von Begriffen wie „Gemeinnutz vor Eigennutz“ oder „schaffendes Kapital“ am sozialideologischen Projekt des „nationalen Sozialismus“ an, wie es historisch die NSDAP propagierte. Zwar ist die Parteipresse in den letzten Jahren begrifflich vorsichtig etwas zurück gerudert, so ist z.B. eher von „raumorientierter Volkswirtschaft“ die Rede, als das der Sozialismusbegriff verwendet wird, die inhaltliche Substanz aber bleibt unverkennbar. Ähnlich wie die NSDAP verkündet die NPD eine national/völkische und obrigkeitstaatliche Antwort, bei der ein „starker Staat“ eingefordert wird, auf die soziale Frage. Hierbei greift sie – immer in Verbindung mit der Aktivierung tradierter Vorurteile – durchaus grundlegende Probleme und Risiken einer Lohnarbeiterexistenz und der Lage sozial Ausgegrenzter auf – m.E. der Schlüssel zur Erklärung ihrer politischen Erfolge. So verspricht sie (wie weiland die NSDAP) von Staatswegen die Schaffung von Arbeit, ein Recht auf Arbeit (hinter dem die „Pflicht zur Arbeit“ steht) sowie die Sicherung der Existenz in Not und Alter, selbstverständlich jeweils nur für Deutsche.² Als gesellschafts- und machtpolitische Vorausset-

zung hierzu benennt die DS die Überwindung des „menschenverachtenden, ungebändigten Kapitalismus nach US-amerikanischer Art, (...dem) zum Wohle des eigenen Volkes (der) deutsche Sozialismus“ entgegengesetzt werden müsse.³ Zuversichtlich erklärt denn auch Voigt am 1.Mai 1998: „Sozialismus ist machbar“, ohne aber zu vergessen hinzuzufügen, dass dieser Sozialismus „ein Sozialismus des Volkes und nicht des internationalen Klassenkampfes“ sei.⁴ Die „Überwindung des Klassenkampfes“ wird vielmehr als „vordringliches Ziel“ beschrieben, ist sie doch die unabdingbare Voraussetzung des Volksgemeinschaftsgedankens⁵, des ideologischen Mittelpunktes aller rechten Sehnsüchte. Bereits hier dürfte unübersehbar sein, dass diese Sozialideologie rein gar nichts zu tun hat mit linker Kapitalismuskritik, mit einem emanzipatorischen Sozialismusbegriff.

Gleichwohl wird speziell von interessierter bürgerlicher Seite das Wort mitunter kurzerhand für den Inhalt genommen, und den (Neo-)Nazis gern Mal ein genuin antikapitalistischer Impetus bescheinigt, um aus durchsichtigen Motiven Munition für die Totalitarismusideologie bzw. den Versuch zu basteln, die Nazis gleich ganz der Linken in die Schuhe zu schieben. Linke GegnerInnen reagieren auf solche ideologische Manöver und die Parolen der (Neo-)Nazis nicht selten mit der eher hilflosen Qualifizierung rechter Sozialideologie und -forderungen als „sozialdemagogisch“, als bloße taktische Täuschungsmanöver, die die Menschen auf den braunen Leim führen sollten, um dann genau das Gegenteil im politischen Handeln umzusetzen. Mit derart bequemen Formeln aber lässt sich weder die Motivation der (Neo-)Nazis noch deren Anziehungskraft auch auf abhängig Beschäftigte erklären, die von ihnen die Einlösung ihrer Interessen erwarten. Sie halten einer ernsthaften Analyse auch nicht stand. Um die rechte Sozialideologie angreifen zu können, muss sie zunächst einmal ernst genommen werden. Aber sehen wir näher hin.

Wie bereits angedeutet finden sich auch im nationalsozialistischen Diskurs zahlreiche emphatische Aufrufe, die zum „Kampf gegen den brutalen, ausbeuterischen Kapitalismus“⁶ aufforderten. Die Goebbels-Zeitung *Der Angriff* bspw. präsentierte die Nazis als „Todfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems“⁷ und die NSBO-Zeitschrift *Arbeitertum* erklärte, „für ein nationales

und sozialistisches Deutschland“ zu kämpfen.⁸ Wie heutzutage Voigt hat gleichwohl auch schon die NSDAP keinen Zweifel daran gelassen, dass sie diese Schlüsselbegriffe eben nicht in ihrem geläufigen (linken) Sinngehalt verwendete, sondern vielmehr beanspruchte, ihnen ihren angeblich durch den „Marxismus“ verfälschten ursprünglichen, völkisch-natürlichen Inhalt zurückzugeben.⁹ Während der marxistische Gebrauch dieser Begriffe, so die strikte Abgrenzung, die Spaltung der Nation ausdrücke und betreibe, wurden sie im Verständnis der NSDAP umgekehrt gerade dazu gebraucht, das deutsche Volk wieder zusammenzuführen.¹⁰ Die Herstellung der Volksgemeinschaft als unabdingbare Voraussetzung nationaler Stärke für den „ewigen Kampf der Völker ums Dasein“ (sprich historisch den Revanchekrieg), bleibt das entscheidende innenpolitische Anliegen aller Nazi-Fraktionen. Die als naturgegeben vorausgesetzten und aufeinander angewiesenen Volksbestandteile LohnarbeiterInnen und Unternehmer dürfen daher nicht gegeneinander antreten, sondern müssen versöhnt und zusammengeführt werden – das ganze Geheimnis (neo)nazistischer Gesellschaftspolitik.

So erschließt denn auch bereits ein Blick auf die NS-Verwendung des Kapitalismusbegriffs sofort die Systemimmanenz dieses angeblichen „Antikapitalismus“. Mit Kapitalismus identifizierte die NS-Ideologie nicht eine spezifisch historische Gesellschaftsformation, die durch (beherrschende) Warenproduktion und das soziale Verhältnis Lohnarbeit und Kapital gekennzeichnet ist, sondern den „schrankenlosen, durch keine sittlichen Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat beschwerten Mißbrauch des Kapitals“ bzw. die „unsittliche Verteilung von Kapital“¹¹. Die Feinderklärung galt ausdrücklich nicht dem Kapital, konnte es doch, wusste Hitler im *Völkischen Beobachter* (VB) zu berichten, „einen Kampf gegen das Kapital gar nicht (geben, da) Maschinen und Produktionsstätten immer wieder gebaut werden müssen, wenn sie vorher vernichtet wurden“¹². Wie im bürgerlichen Ökonomiediskurs keineswegs ungewöhnlich, identifiziert die NS-Ideologie mit dem Kapitalbegriff nicht ein verdinglicht erscheinendes (beherrschendes) historisch gesellschaftliches Verhältnis, sondern die stofflichen Produktionsmittel. Damit aber erscheint, wie der *Niedersächsische Beobachter* (ND) bereits 1923 mitteilte, „Kapital“ als „ein unentbehrliches Hilfsmittel zu jeder produktiven Tätigkeit“¹³.

Privateigentum und freies Unternehmertum werden dementsprechend grundsätzlich als vermeintlich naturgegeben anerkannt. Dem durch „redliche Arbeit“ erzeugten und in der Hand „genial“ tätiger Unternehmer „wertschaffenden“ nationalen Kapital wird ausdrücklich die Unentbehrlichkeit für Volk und Wirtschaft bescheinigt.¹⁴ Angegriffen werden letztlich lediglich Erscheinungsformen, internationalisierende (globalisierende) und zum Teil zentralisierende Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung, die kleinbür-

gerliche Existenzen schädigen bzw. zerstören. Die Feinderklärung gilt nicht dem nationalen Betriebskapital, sondern dem sogenannten internationalen Leih- bzw. Finanzkapital, das, so Hitler, „ohne eigene Arbeit nur den Egoismus seines Besitzers (befriedigt); es trägt Zins, es vermehrt sich auf Kosten anderer“¹⁵. Geld war aber in den Händen des Bank- und Börsenkapitals nicht nur zum ohne eigene produktive Arbeit vermittelten Selbstzweck geworden: Indem das internationale Finanzkapital alle nationalen Stände nach und nach zinspflichtig und damit wirtschaftlich dienstbar macht, hatte es sich in den Augen der Nazis längst zur Herrscherin über die schaffende Arbeit aufgeschwungen. Quelle ihres unaufhaltsamen Wachstums zu hegemonialen „Riesenkapitalien“ und schrankenloses Ziel der „internationalen Hochfinanz“ war demnach die Ausplünderung der nationalen Wirtschaften, die „rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gleichen Maße“¹⁶. Auf diese Weise aber wird die Existenz von Ausbeutung nicht nur kompatibel mit dem Volksgemeinschaftsgedanken, sie wird geradezu zu seiner Lebensversicherung. Mit dem die kapitalistische Gesellschaft beherrschenden Klassengegensatz ist keine Volksgemeinschaft zu machen, und so verkehrt sich zwangsläufig die innergesellschaftliche in eine äußere, im Kern völkische Konfliktlinie: Ausbeutung vollzieht sich im völkischen Denken nicht anhand der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit der Lohnabhängigen durch das fungierende Kapital, sondern als Raubzug des als volksfremd benannten, nichtschaffenden (raffenden) internationalen Finanzkapitals gegen die gemeinsam wertschaffenden deutschen Arbeiter und produktiven deutschen Unternehmer, die mittels Börsenspekulation und Zins sowie mit Hilfe des „rücksichtslosen Einsatzes wirtschaftlicher Macht“ um die Früchte ihrer Arbeit gebracht würden.¹⁷ Die NPD knüpft hier wiederum ideologisch nahtlos an: Sie formuliert die Solidarität mit dem „schaffenden Kapital“, sieht die Unternehmen „immer stärker unter den Druck der Kapitalgeber“ und deren Renditeforderungen geraten und bemängelt die „Zinswirtschaft“ sowie die Aufrichtung der Weltherrschaft des „volksfremden“, „heimatlosen“ internationalen Finanzkapitals¹⁸.

Damit aber bleibt als einziger Weg gesellschaftlicher Problemlösung die völkische Einigung der Deutschen, die Reformierung der „natürlichen Einheitsfront (von) Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ gegen die Fremdherrschaft, die „Geißel des internationalen Börsenkapitals“ und seiner nichtschaffenden Profiteure, einer „an Reichtum erstickenden winzigen Schicht“ von Drohen, die Deutschland ausplündere und beherrsche.¹⁹ So werden Völker konstruiert. Zentral für die nationalsozialistische Konstituierung des deutschen Volkes ist somit der Arbeitsbegriff, der abhängig Beschäftigte und nationale Unternehmer unter der Kategorie der „Schaffenden“ bzw. der „Arbeiter der Stirn und Faust“ subsumiert, deren

Anmerkungen:

- 1) *Deutsche Stimme* (DS), Nr.5/06 sowie 4-5/98.
- 2) DS, 11/99, 4-5/98, 7/98, NPD-Programm 1996.
- 3) DS, 7/98.
- 4) DS, 4-5/98.
- 5) DS, 9/06.
- 6) *Arbeitertum*, 1.3.1931.
- 7) *Der Angriff*, 28.4.1931.
- 8) *Arbeitertum*, 1.10.1931.
- 9) vgl. etwa Goebbels, Joseph: *Der Angriff, Aufsätze aus der Kampfzeit*, München 1935, 224 ff.
- 10) so z.B. Hitler in einer Rede in Offenburg 1930, in: Bundesarchiv Koblenz/BAK, NS 26/52, Bl. 83ff.
- 11) NS-Jahrbuch 1932, 233; *Der Angriff*, 2.4.1931.
- 12) *Völkischer Beobachter* (VB), 12.4.1927.
- 13) *Niedersächsischer Beobachter*, 20.5.1923.
- 14) Vgl. etwa VB, 10.3.1926; zur NPD: DS, 7/98.
- 15) Hitler, Adolf: *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924*, Hg. Jäckel, Eberhardt; Kuhn, Axel, Stuttgart 1980, 689.
- 16) VB, 22.5.1923.
- 17) Z.B. *Der Angriff*, 9.1.1931; VB, 14.10.1930.
- 18) DS, 2/00, 5/05, 9-10/98, 7/01, 10/01, 9/00, 12/03.

Unterschiede allein in ihrer verschiedenen stofflichen Bestimmung als (überwiegend) Hand- oder Kopfarbeit gesehen werden. Damit gelten erstens „die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte Arbeit, beide als Arbeit, identisch. (...) (Der) Exploitationsprozeß selbst (erscheint) als ein bloßer Arbeitsprozess, wo der fungierende Kapitalist nur andre Arbeit verrichtet als der Arbeiter“.²⁰ Der Klassen- verschiebt sich zum Volksbegriff: der Ethos von Arbeit und Pflichterfüllung wird zweitens zum Nationalcharakter, zur „rassischen“ Eigenschaft der Deutschen erklärt und dem Feindbild der ausbeutenden, raffenden Nicht-Arbeit entgegengestellt. Die im Nationalsozialismus auf die Spitze getriebene Biologisierung des Sozialen verkehrt nicht nur historische gesellschaftliche Verhältnisse in Naturkategorien, sie fasst darüber hinaus soziale Attribute und Verhaltenszwänge als Ausdruck „rassischer“ Eigenschaften. So erfährt denn auch die Deutschland angeblich beherrschende und ausplündernde volksfremde Macht der Nicht-Arbeit eine rassische Präzisie-

genetischer Eigenschaften einer fremden, ja feindlichen „Rasse“, der es gelungen war, ihr ökonomisches Prinzip der deutschen aufzuherrschen und auch „Arier“ damit zu infizieren – die sogenannten „weißen Juden“ (die aber konnten immerhin wieder konvertieren). Nicht nur der einzelne Jude musste daher entfernt, auch das als jüdisch definierte Prinzip – Marxismus, Liberalismus – musste zerstört werden. Dem „jüdischen Marxismus“ bescheinigten die Nazis die „Geschäfte des Finanzkapitals“ zu betreiben, indem er es selbst ungeschoren lässt, um stattdessen mit seinem Klassenkampf gegen das wertschaffende nationale Kapital „Bruder gegen Bruder“ zu hetzen, damit das deutsche Volk zu spalten und Wirtschaft und Nation der Herrschaft der parasitären Weltfinanz auszuliefern²³ – eine „jüdische“ Zangenbewegung. Nationale Heilung ist hier für die völkische Seele nur zu erwarten durch die Transformation des volksfremden Klassenkampfes in den Rassenkampf, den Befreiungskampf der „deutschen Arbeit“. Die Vernichtungsdrohung ereilte entsprechend die „Teufelsmacht Marxismus“²⁴, wobei der von den Nazis mit allen Gewaltmitteln geführte Angriff auf die Organisationen und Repräsentanten der ArbeiterInnenbewegung stets untrennbar verbunden war mit der politisch-ideologischen Umwerbung ihrer AnhängerInnen. Ihre Großmachtpläne verdammt die Nazis zur Herstellung der Volksgemeinschaft – und damit zur Dekomposition marxistischen Klassendenkens, zur „Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft“, ihrer stabilen Wiedereingliederung in die Front von Nation und Expansion (Revanchekrieg). Ein November 1918 durfte sich nicht wiederholen.

Nun waren die Parteiideologen keineswegs so naiv, diese Aufgabe allein mittels des Einsatzes von Gewalt und Weltanschauung lösen zu wollen. Wenn, so befand vielmehr bspw. der VB 1925 „der Arbeiter wieder national empfinden, denken und handeln soll, so muss er vor allem sozial befriedet werden“ d.h. die soziale Frage (entstanden als Folge historischer Versäumnisse des Bürgertums) „gelöst“ werden.²⁵ Unter der Losung Herstellung „sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Eigentums-wirtschaft“²⁶ insistierte der „nationale Sozialismus“ keineswegs auf der Abschaffung der Lohnarbeit, sondern er verhiess lediglich deren bessere ideologische und materielle Ausstattung und Absicherung, vor allem mittels der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit (z.B. „gerechter“ Lohn, Gewinnbeteiligung, Eigenbesitz), gesellschaftlicher Anerkennung, staatlicher Arbeitsbeschaffung (Recht auf Arbeit) und Versorgung im Krankheits-, Invaliditätsfall, Alter sowie der Eröffnung (sozialdarwinistischer) Aufstiegschancen. Nur kurz dazu:

- 1.] Dies alles galt – wie auch heute bei den anfangs benannten sozialpolitischen Forderungen der NPD – nicht für „Fremdvölkische“, die bleiben ausgegrenzt. Frauen werden von (Neo)Nazis lieber als Hausfrau und Mutter (zur Aufartung der Rasse) denn als Arbeitsge-

rung: den im antisemitischen Vorurteil traditionell mit Geld/Zins, der Zirkulationssphäre identifizierten, über die ganze Welt verbreiteten „Juden“. „Arier“ und „Juden“ werden damit geradezu als „Gegenrassen“²¹ aufgefasst. Entsprechend waren für den VB „Deutscher Geist und arische Schöpferkraft einerseits (...) und internationaler Finanzkapitalismus und jüdischer Händler und Raffgier andererseits (...) die beiden äußersten Gegensätze auf Erden, (...) der derzeitige welthistorische Niederschlag urewiger Gegensätzlichkeit, ins Metaphysische übersetzt der ewige Kampf zwischen den Mächten der Finsternis und den Mächten des Lichtes“.²²

Der oft bemühte NS-Antikapitalismus erweist sich im Kern als Antisemitismus. Die alltäglich erfahrbaren Widersprüche und Übel kapitalistischer Gesellschaften werden von ihren Strukturen gelöst und wesentlich umgeschrieben zu Folgen biologisch-

- nossin gesehen – auch wenn die NSDAP die säkulare Ausbreitung weiblicher Lohnarbeit nicht aufhalten konnte, so hat sie doch u.a. Frauen aus leitenden Positionen im Öffentlichen Dienst verdrängt. Grundsätzlich zielt diese Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik auf die wichtigste Errungenschaft von Lohnabhängigen in einer feindlichen kapitalistischen Umwelt: die Solidarität.
- 2.] Die Zeche der nationalen Versöhnung sollten nach dem deutschen Wiederaufstieg andere zahlen. Die „deutschen Lebensinteressen“, so der VB 1930 in aller Offenheit, müssen gegen die „Interessen anderer Völker durchgesetzt und verwirklicht werden“²⁷. Angekündigt wurde z.B. eine nationale Expansionspolitik. Logik: Nur wenn es der Nation gut geht, kann es auch dem/der Einzelnen gut gehen. Der nationale Sozialismus löst sich auf in Nationalismus und Volksgemeinschaft.
 - 3.] Das völkische Aufstiegsversprechen (für deutsche Männer) fußt auf einer (natürlichen) strikt hierarchisch gegliederten „modernen Leistungsgemeinschaft“ und bestätigt nicht nur die bestehenden Strukturen sozialer Ungleichheit, sondern verschärft durch sein sozialdarwinistisches Ausleseprinzip die ohnehin brutale kapitalistische Konkurrenz weiter.
 - 4.] Die Herstellung von „Verteilungsgerechtigkeit“ war gebunden an ein (sozialpatriarchalisches) Umdenken des deutschen Unternehmers, im eigenen Interesse (Befriedung, Leistungssteigerung) „gerechten“ Lohn zu zahlen (Leistungslohn) sowie an die Verantwortung des Obrigkeitsstaates für den sozialen Ausgleich. Konfliktbereite, selbstbestimmte Interessendurchsetzungen von „unten“, autonome Gewerkschaften, sind, da sie als „volksspaltend“ und damit wirtschaftsschädlich gelten, mit dem Volksgemeinschaftsgedanken unvereinbar. Neben der Aussicht auf Expansions-, Rüstungsprofite und -karrieren machte diese feindselige Haltung der NSDAP gegenüber den Linksparteien und freien Gewerkschaften die hauptsächliche Attraktivität der Partei für die traditionellen Machteliten aus (Aussicht auf Sicherung und Steigerung der Ausbeutung), ohne deren Steigbügelhaltung weder der deutsche noch der italienische Faschismus an die Macht gekommen wäre. Die Konsequenzen sind bekannt: 1933 wurden die Gewerkschaften zerschlagen, die Betriebsräte abgeschafft und Streiks verboten, die abhängig Beschäftigten sozial entmündigt und entwaffnet.
 - 5.] Gedacht als Lebensversicherung, um den deutschen Arbeiter bei der nationalen Stange zu halten, konkurrierten die sozialpolitischen Zugeständnisse im 3.Reich stets mit den herrschenden Interessen und den Anforderungen der (Rüstungs-)Wirtschaft (Kanonen oder Butter) und fielen entsprechend materiell dürftig aus. Stabilität des

Regimes und Legenden basieren eher auf dem Vergleich mit den tiefen Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise, die 1933 überall zu Ende ging. Die Arbeitsbeschaffung erfolgte im Rahmen einer Art staatlich kreditfinanzierter Wirtschaftspolitik, die im Kern auf einer immensen staatlichen Rüstungsnachfrage basierte.²⁸ Folge war eine überschäumende Rüstungskonjunktur, die die Massenarbeitslosigkeit bis 1938 absorbierte (Arbeitskräftemangel). Gleichwohl blieb ihre Wirkung auf die Massenkaufkraft durch das Fehlen einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung eher gering. So erreichte der durchschnittliche Wochenverdienst 1941 mit Ach und Krach gerade das Vorkrisenniveau, um dann wieder zu sinken. Gute Zeiten dagegen für Profite: Die Lohnquote sank von 61,8% 1932 auf 54,9% 1938.²⁹ Die gepumpte, überschäumende Rüstungskonjunktur, deren Rechnung den europäischen Nachbarn präsentiert wurde, aber führte nicht nur direkt in die Gaskammern und auf die Schlachtbänke des Zweiten Weltkrieges, sie hätte ohne den „Ausweg Krieg“ in die nächste tiefe Krise geführt.

6.] „Arbeitsverweigerer“, die Arbeitsplätze ohne berechtigten Grund ablehnten, im NS-Jargon „Arbeitsscheue“, verschwanden im KZ. Was heutige Arbeitslose vom Arbeitsbeschaffungsversprechen der NPD zu erwarten haben, lässt sich erahnen, wenn die DS bspw. Arbeitsdienstpflicht zur gemeinnützigen Arbeit statt Nichtstun und die „Durchforstung des sozialen Netzes“ fordert oder die „Abzockergesinnung“ von Sozialhilfeempfängern anprangert.³⁰

Ökonomische Krisen und soziale Verwerfungen, Ängste bilden den materiellen Nährboden für (neo-)nazistische Erfolge. Der beispiellose Aufstieg der NSDAP in nur drei Jahren zur mit Abstand stärksten Partei in Deutschland wäre ohne die Weltwirtschaftskrise nicht denkbar gewesen. Gleichwohl gibt es keinen Automatismus. Schließlich lassen sich aus derartigen Erfahrungen auch gegensätzlich andere, solidarisch-emanzipatorische, eben genuin antikapitalistische Schlüsse ziehen. Es muss also schon rechtes Denken dazukommen. Die Attraktivität (neo-)nazistischer Sozialideologie ist jedenfalls nicht erklärbar ohne deren untrennbare Verknüpfung mit tradierten Vorurteilen wie Nationalismus, Ideologie der Ungleichheit, Obrigkeitsdenken.³¹ Die Erfolge der Rechten sind daher immer auch Zeichen der Schwäche linker Politik sowie des schwindenden Vertrauens in die eigene Kraft einer solidarischen Interessendurchsetzung von „unten“. Solange AntifaschistInnen Kapitalismuskritik, soziale Frage und Kämpfe schnöde rechts liegen lassen, geben sie dieses entscheidende politische Feld kampfflos preis.

Joachim Bons

Anmerkungen:

- 19) VB, Antibolschewistische Sondernummer August 1925; Der Angriff, Ostern 1930 und 7.1.1932.
- 20) Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd.25, Berlin (O) 1972, S.396.
- 21) Der unwissenschaftliche Rassebegriff wird hier ebenso zwangsläufig wie ausschließlich als Bestandteil der NS-Ideologie gebraucht.
- 22) Antibolschewistische Sondernummer, August 1925.
- 23) Vgl. VB, 13./14.2.1927; Hitler, Adolf, Sämtliche Aufzeichnungen, S.220.
- 24) Hitler, Adolf: Rede am 27.2.1925, in: BKA, NSD, 71/55.
- 25) VB, 4.6.1925 und 17.10.1925.
- 26) Arbeitertum, 15.1.1932.
- 27) VB, 30.7.1930, siehe auch Pkt.3 NS-DAP-Programm.
- 28) Im Hinblick auf die staatliche Arbeitsbeschaffung und Finanzierung bestehen deutliche Parallelen nicht nur zum italienischen Faschismus, sondern auch zum amerikanischen New Deal der Roosevelt-Ära.
- 29) Siegel, Tilla: Die gekaufte Arbeiterklasse?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/84, S.540.
- 30) DS, 4/00, 12-1/00-01, 11/01.
- 31) Wer an einer ausführlicheren Analyse der NS-Sozialideologie interessiert ist, sei verwiesen auf: Bons, Joachim: Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, Pfaffenweiler 1995.



«Die nationale Frage als revolutionärer Störfaktor»?

Völkischer Antikapitalismus als Ideologie
der Systemopposition von rechts

Wenn jemand den 109. Geburtstag feiert, dann ist dies allemal ein Fest wert. Ist diejenige, die da feiert, ein Mensch, drängen sich die Gratulanten und Festredner – vom Bürgermeister bis zum Ministerpräsidenten. Ist es eine Organisation, die dieses biblische Alter erreicht, sucht sie sich selbst einen passenden Redner. Einen, der den Bogen von den Anfängen und Ursachen der Gruppierung bis zu den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft zu schlagen in der Lage ist. Am 26. Oktober 1973 war es, da konnte die Burschenschaft *Thessalia zu Prag* in Regensburg, 1961 Gründungsmitglied des radikal-völkischen Flügel der Dachorganisation Deutsche Burschenschaft, der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, und damit laut Selbstverständnis dem „konservativen Prinzip“ verpflichtet, ihr 109. Stiftungsfest begehen.

Der Redner, den die Burschen und ihre Alten Herren für geeignet befunden hatten ihnen den Weg in die Zukunft zu weisen, war ein gewisser Henning Eichberg. Dieser hatte zu einem militärhistorischen Thema promoviert und arbeitete damals als Assistent für Sportgeschichte an der Universität Stuttgart.¹ Es handelte sich also nicht um einen Prominenten im eigentlichen Sinne des Wortes. Trotzdem war er den Burschen wichtig, denn sie konnten davon ausgehen, dass er in diesen Kreisen ungewohnte Gedanken zu Gehör bringen würde, die nicht dem landläufigen Verständnis eines „konservativen Prinzips“ entsprachen.

Sie sollten nicht enttäuscht werden. „1848 scheiterte, aber das Kommunistische Manifest, das im selben Jahre erschien, prägte die Revolution des darauf folgenden Jahrhunderts. Für den Beobachter von Zeitgeschichte, der die Erfahrungen vergangener Revolutionsepochen mitberücksichtigt, ergibt sich also die Notwendigkeit, Ausschau zu halten nach dem, was am Rande des bestehenden Systems an Alternativen sich aufbaut, auch wenn sie – und gerade wenn sie – der herrschenden Vernunft der Stabilität als anachronistisch erscheint.“², erläuterte er. Nicht das Stabile, der Kern des Systems sei für die Zukunft entscheidend, sondern vielmehr, was sich als Gegenentwurf an den Rändern entwickle. Hier gelte es sich einzubringen und auf der Höhe der Zeit zu sein, damit die eigenen Visionen die notwendige materielle Gestalt finden können.

„Die neuen, häufig sozialistischen Nationalismen sind dabei von nicht geringerem Interesse als die antiautoritäre Neue Linke, mit der sie durch ihre Konfliktbezogenheit verbunden sind.“³, ergänzte er. Ausgerechnet im Kreise von Burschenschaftlern, die durch die Studierendenrevolte von 1967/68 und deren Folgewirkungen in die tiefste Krise ihrer Geschichte geworfen worden sind, wirbt der Referent also um Verständnis, gar Einfühlung in deren Protagonisten, deren erklärtes Ziel es doch war, gerade mit dem „konservativen Prinzip“ endgültig zu brechen und die Betonäre der Bundesrepublik mittels einer umfassenden Kulturrevolution zu überwinden. Sie in ei-

nem Atemzug mit den Nationalismen im Gefolge einer tatsächlichen Revolution, der von 1948, zu nennen, kam einem Sakrileg gleich. Der damalige Nationalismus, erinnert er seine Zuhörer, sei eine revolutionäre Ideologie gewesen. Um das Banner der Nation, so die implizite Aussage, hätten sich sowohl bürgerliche Kräfte als auch antibürgerliche – sozialistische – Strömungen geschart, beide einig in dem Ziel der herrschenden Gesellschaftsordnung den Garaus zu machen.

Eichberg zögert nicht den Transfer in die damalige Aktualität zu vollziehen: „Warum kam nicht (als Antwort auf 1968, d.V.) aus der Reihe der Burschenschaften eine Initialzündung, die Einbringung der nationalen deutschen Frage als revolutionärer Störfaktor? Warum war es nicht diese Organisation, die – wie kaum eine andere in Deutschland – mit den Ursprüngen der nationalen und sozialen Revolution im Vormärz und 1848 historisch verbunden ist, die den ‚objektiven‘ Tatbestand der deutschen Spaltung in die zwei – oder wenn Sie wollen: drei – Teilstaaten von Bonn, Ostberlin (und Wien) auf die Tagesordnung einer revolutionären jungen Generation setzte?“⁴ Der junge Hochschullehrer versteht sich vor allem als Revolutionär. Als pragmatischer Revolutionär, der seine Strategie flexibel den vorhandenen Potenzialen anpasst und zugleich danach strebt diese sowohl zu vergrößern als auch gleichzeitig den Gegner zu verwirren. Der Revolte der jungen Generation, so sein Wunsch, sollte ein neues Ziel gegeben werden: die Schaffung einer einheitlichen deutschen Nation, die gleichzeitig einen „Dritten Weg“ – jenseits von links und rechts, jenseits von Kapitalismus und Kommunismus – weist und dabei die bestehenden Systeme überwindet. Die nationale Frage als revolutionärer Störfaktor eben.

Solche Töne von rechts, von rechtsaußen gar, waren weder die alte noch die Neue Linke in der Bundesrepublik gewohnt. Die NPD als wichtigste Partei der extremen Rechten war bieder-männisch, behäbig und besitzbürgerlich. Revolutionärer Elan war ihre Sache nicht. Sozialistische Parolen schon gar nicht. Doch dank der 68er Revolte war trotz der DDR Sozialismus bei Teilen der Bevölkerung der Bundesrepublik plötzlich kein Schimpfwort mehr. Es galt für Theoretiker wie Eichberg und den kleinen Theorie-Zirkel um ihn, die so genannte Sababurg-Runde, lediglich, die Diskursstränge Sozialismus, Nationalismus und Revolution zu verknüpfen.⁵ Diesem Thema hatte er sich seit Beginn der sechziger Jahre verschrieben und propagierte es durch zahllose Aufsätze in Zeitschriften wie „Nation Europa“ oder „Junges Forum“, dort mit seinem Aufsatz „Sozialismus von ‚rechts‘“. Ein historischer Abriss⁶ auch vor positiven Bezügen auf den frühen Nationalsozialismus nicht zurückschreckend.

Von ihm waren also Tabubrüche zu erwarten. Die Burschen wussten und erwarteten dies. Sie brauchten diese Tabubrüche, diese Wegweisungen zu neuen Ufern in einer Zeit der Defensi-

Anmerkungen:

- 1) Zu Eichbergs Biografie siehe Frank Teichmann, Henning Eichberg – nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft; Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang, 1991, S.16 – 41 sowie kurzrassisch Clemens Heni, Salonfähigkeit der Neuen Rechten. „Nationale Identität“, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970 – 2005: Henning Eichberg als Exempel; Marburg: Tectum, 2007
- 2) Henning Eichberg, Nationalrevolutionäre Strömungen im modernen Europa, in: „Burschenschaftliche Blätter“, Oktober/November 1974, S.172
- 3) ebd.
- 4) ebd.
- 5) zur frühen nationalrevolutionären Phase der extremen Rechten in der Bundesrepublik vgl. den Beitrag von Klaus Schönekeas in: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekeas, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik – Frankreich – Großbritannien, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, S.218 – 347
- 6) Junges Forum 2/70, siehe dazu Clemens Heni, aao., S.135 – 150
- 7) Henning Eichberg, Nation Europa – Europa der Völker. Eine Kritik und Alternative zum bürgerlichen Europakonzept, in: „Burschenschaftliche Blätter“ Januar/Februar 1974, S.6; erweiterte Fassung eines Vortrages vor der Europatagung 74 der Deutschen Burschenschaft am 4.5.1974 in Nürnberg
- 8) ebd.
- 9) ebd.
- 10) ebd.
- 11) zur Vor- und Frühgeschichte dieser Strömung der extremen Rechten, die keineswegs – wie oft behauptet – eine Antwort auf die französische 68er-Revolte war, vgl. v.a. Anne-Marie Duranton-Crabol, Visages de la Nouvelle Droite. Le G.R.E.C.E. et son histoire; Paris 1988, S.29 – 56
- 12) siehe Andrea Ludwig, Neue oder deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen; Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995



ve, in der der Kanzler der sozial-liberalen Regierung „Mehr Demokratie wagen!“ propagierte, sich Teile der ehemaligen Straßenkämpfer zum „Marsch durch die Institutionen“ aufmachten, die Arbeiterbewegung stärker als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ihr Recht einforderte und Teile ehemals sicherer Verbündeter – wie die Kirchen – zunehmend durch das „Gift von 68“ infiziert schienen.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Und so blieb Eichbergs Auftritt vor Burschenschaftlern keine einmalige Angelegenheit. Bereits am 4. Mai 1974 hatte er bei der Europatagung der Deutschen Burschenschaft in Nürnberg erneut Gelegenheit, den Korporierten die Leviten zu lesen. „Indem man der Ideologie der freien Marktwirtschaft huldigte, gab man den Konzernen freie Hand, sich der notwendigen Rationalisierung zu entziehen durch Verschiebung und Ausbeutung von fremden Arbeitskräften. Die dadurch entstehenden Infrastrukturkosten und vor allem die auf uns zukommenden sozialen Probleme (ethnische Spannungen, Gettoisierung, politische Unruhen, Bildungsprobleme u.a.) werden nicht dem davon profitierenden Kapital, sondern den so genannten Gastvölkern aufgehalst, die Folgen des Entzugs von Millionen von Arbeitern in ihren besten Lebensjahren hingegen den Geberländern.“⁷, wettete er. Unüberhörbar verknüpft er die Nation und das Volk. Volk ist ungleich Bevölkerung. Volk, das ist das Eigene, das vor dem und den Fremden geschützt werden muss. Insofern unterscheidet sich sein Diskurs nicht von dem, was innerhalb der extremen Rechten Konsens ist. Der Bruch mit diesem Konsens erfolgt mittels des Frontalangriffs auf die Leitideologie der BRD, die „soziale Marktwirtschaft“, dabei noch betonend, „dass es sich dabei

nicht um ein zufälliges Nebenprodukt, sondern um eine notwendige Konsequenz des bürgerlich-kapitalistischen Europa handelt.“⁸ Das „bürgerlich-kapitalistische Europa“ wird als Verursacher des „Gastarbeiterproblems“ ausgemacht, das später im Diskurs durch das „Asylantenproblem“ abgelöst werden sollte. Die Feindbestimmung Eichbergs ist an dieser Stelle identisch mit der der herrschenden Konservativen. „Die politisch verantwortungslose und demokratisch nicht legitimierte Parole vom ‚Deutschland als Einwanderungsland‘ ist uns noch in den Ohren“⁹, klagte er. Der Unterschied liegt in den vorgeschlagenen Problemlösungen: „Diese Entwicklungen können nur gesteuert werden, wenn das bürgerliche Europa von seinen Grundlagen her infrage gestellt und bekämpft wird.“¹⁰

Eichbergs selbst gestellte Aufgabe bestand also in nicht weniger als in der Schaffung einer revolutionären Front gegen das bürgerlich-kapitalistische System. Anders als die Funktionäre der alten Rechten verortet der Ideologe der Neuen Rechten das Kampffeld nicht bloß nicht nur auf dem Boden der noch zu schaffenden Nation, den „Teilstaaten von Bonn, Ostberlin (und Wien)“, sondern in ganz Westeuropa. Sein Nationalismus versteht sich ausdrücklich als europäischer. Seine Bezugsgröße „Volk“ ist nicht an die Grenzen der Nationalstaaten gebunden, sondern lebt in Nord-schleswig ebenso wie in Eupen-Malmedy, in Südtirol wie im Elsaß, in Bonn, Berlin und Königsberg. Antiimperialismus mutiert in diesem Denken zur völkischen Kategorie, jene bekämpfend, die dem deutschen Volk sein „Recht auf Selbstbestimmung“ vorenthalten. Gegner sind also sowohl die Herrschenden im eigenen Lande als auch die Staaten des realsozialistischen Lagers ebenso wie die bürgerlich-kapitalistischen Kräfte in West-

europa als Problemverursacher und als Handlanger der im Hintergrund wirkenden USA, die Westeuropa in imperialistischer Abhängigkeit halten wollen. Dieser Ansatz wird gespeist durch die traditionelle Ideologie der deutschen völkischen Rechten wie auch durch Modernisierungsbestrebungen der französischen *Nouvelle Droite*¹¹, zu der Eichberg seit spätestens 1966 enge Kontakte unterhält. Zugleich aber lassen sich mögliche Übergänge und Konvergenzen mit Denkmustern ausmachen, die in der damaligen Neuen Linken gängig waren.¹² Dort waren es nur bestimmte Formen des Nationalismus, die einer Stigmatisierung unterlagen; verbreitet dagegen war eine Glorifizierung der „nationalen Befreiungsbewegungen“ des Trikont. Hier sieht Eichberg mögliche Brückenköpfe für seine Ideologearbeit. Mehrheitsfähig innerhalb der damaligen extremen Rechten wurde diese allerdings nie.

Wenig von dem, was Eichberg damals als Kapitalismuskritik von rechts formulierte, war neu oder originell. Ungewohnt war es nur im deutschen Kontext, in der die Denkfaulheit von links sich mit der Dummheit und Geschichtsvergessenheit von rechts ergänzte. Beide Kontrahenten waren in ihrem Bild über die extreme Rechte geprägt durch ihre Fixierung auf die NSDAP, wobei der Blickwinkel noch zusätzlich durch den Umstand verengt wurde, dass man sich oftmals auf die Phase des Faschismus an der Macht konzentrierte. Ideologiekritische Untersuchungen oder solche, die den NS in ein Gesamtbild und –geschichte der extremen Rechten in Deutschland einordneten, waren Mangelware. Somit blieb links und rechts weitgehend ausgeblendet, dass Eichberg mit seinen Positionen genau an den Wesenskern des historischen Faschismus anknüpfte.

Jenen Wesenskern, den der israelische Historiker und Faschismustheoretiker Zeev Sternhell in seinen Werken sowohl zum französischen¹³ wie auch über den italienischen Faschismus¹⁴ für jenen Zeitraum herausgearbeitet wird, an dem der eigentliche Charakter einer Ideologie besonders deutlich wird, nämlich in ihrer Entstehungsphase. Sternhell wendet sich gegen die verbreitete Tendenz, der Ideologie des Faschismus ihre Bedeutung abzusprechen oder sie zu einem sekundären Faktor herabzustufen. Für ihn ist es kein Argument, dass die ursprünglich propagierten Ziele des Faschismus nur noch in stark modifizierter Form oder gar nicht umgesetzt wurden, wenn dieser an die Herrschaft gelangte. Diese Feststellung treffe ebenso auf die sozialistischen Staaten zu, deren Herrschaftspraxis kaum als deckungsgleich mit der Ideologie bezeichnet werden könne, die als Ausgangspunkt der Praxis diene. Jede politische Bewegung verändere sich auf dem Weg zur Macht und erst Recht an der Macht. Sie sei gezwungen Kompromisse einzugehen und Bündnisse zu schließen, habe Entwicklungen zu berücksichtigen, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Ideologie noch nicht absehbar waren.

Die Vor- und Frühphase der Faschismen ist für ihn deshalb sein zentraler Untersuchungsgegenstand. Als Auslöser der Entstehung der faschistischen Ideologie betrachtet eine „intellektuelle Krise der Jahre nach 1890“.¹⁵ Für Ideologen der Rechten kristallisierte sich die Untauglichkeit der bürgerlich-liberalen Gesellschaft heraus, die in eine kulturell-moralische Krise geführt habe. Theoretiker der Linken wiederum diagnostizierten eine Krise des Marxismus, denn das revolutionäre Subjekt, das Proletariat, habe schmählich vor seiner Aufgabe versagt, die sozialistische Revolution zu machen und sich stattdessen über die sozialistischen Parteien in die liberale Demokratie integrieren lassen. In einem langwierigen Transformationsprozess entstand aus beiden Ansätzen eine ideologische Synthese, die weder mit der bisher bekannten – nunmehr alten – Rechten identisch war, noch mit der traditionellen – nunmehr ebenfalls alten – Linken in Einklang zu bringen war. Für den Außenstehenden mochte sie tatsächlich als das erscheinen, als was sie sich selbst charakterisierte: weder links, noch rechts. Da das Proletariat vor seiner Aufgabe versagt hatte, wurde ein neues revolutionäres Subjekt gefunden, die Nation. Jene Nation, die der Ausgangspunkt für jegliche Ideologearbeit der Rechten gewesen war, die aber unvollständig und handlungsunfähig bleiben musste, da die kapitalistische Ordnung Teile der Nation, nämlich das Proletariat, aus ihr ausgrenzte. Der britische Faschistenführer Sir Oswald Mosley, auch er ehemaliger Sozialist, brachte diesen Ansatz später auf die einfache Formel: „Wenn du dein Land liebst, dann bist du national, und wenn du dein Volk liebst, dann bist du Sozialist.“¹⁶

Als faschistische Organisation noch vor der Entstehung des Begriffs kann der französische Cercle Proudhon bezeichnet werden. Unter der Ägide des Präsidenten und Vordenkers der nationalistischen Action Française traf sich im November 1911 erstmals ein Kreis von Personen, der heute wohl als „Querfront“ bezeichnet werden würde. Jener Charles Maurras charakterisierte den ungewöhnlichen Zirkel als Gruppe, in der „alle gleichermaßen leidenschaftlich für die Organisation der französischen Gemeinschaft gemäß den der französischen Tradition angemessenen Prinzipien sind, die sie im Werk Proudhons und in den syndikalistischen Bewegungen der Gegenwart wieder finden.“ Von linker Seite gehörten zu diesem Zirkel, benannt nach dem anarchistischen Theoretiker Proudhon, mit Edouard Berth ein Schüler und Vertrauter George Sorels und mit Georges Valois¹⁷ ein Syndikalist, der sich in der Publizistik der Gewerkschaft CGT bereits einen Namen gemacht hatte. Gewiß, der Zirkel war zahlenmäßig unbedeutend, nur kurzlebig und auch die Reichweite seiner Zeitschrift „Cahiers du Cercle Proudhon“ mit 200 Abonnenten und einer Auflage von 600 Exemplaren sehr eingeschränkt. Und doch sollten die dort geleisteten ideologischen Vorarbeiten von enormer Bedeutung für die spätere Entste-

Anmerkungen:

- 13) Zeev Sternhell, *La droite révolutionnaire 19885 - 1914. Les origines françaises du fascisme*; Paris: Fayard, 2000; Zeev Sternhell, Maurice Barrès et le nationalisme français; Paris: Fayard, 2000; Zeev Sternhell, *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France*; Paris: Fayard, 2000, jeweils in erw. Neuauflagen
- 14) Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Vor Sorel zu Mussolini*; Hamburg: Hamburger Edition, 1999
- 15) Zeev Sternhell, *Faschistische Ideologie*; Berlin: Verbrecher Verlag, 2002
- 16) zit. n. ebd., S.24
- 17) vgl zu ihm Yves Guchet: *Georges Valois*; Paris: L'Harmattan, 2001, und als Eloge von der extremen Rechten den Band von Jean-Claude Valla, Georges Valois. *De l'anarcho-syndicalisme au fascisme*; Paris: Librairie Nationale, 2003. Valla ist langjähriger Funktionär des neurechten GRÉCE.
- 18) *Cahiers du Cercle Proudhon. Préface d'Alain de Benoist*; Paris: Avatar, 2007
- 19) aao., S.92
- 20) vgl. z.B. Adolf Halfeld, *Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers*; Jena: Eugen Diederichs, 1927. Der Band wurde in der Weimarer Republik zum Bestseller. In der NS-Zeit legte der Autor mit Propaganda gegen die USA nach.
- 21) vgl. Volkmar Wölk, *Der (S)choc(k) des Monats. Oder: Wie Jürgen Elsässer zur extremen Rechten kam*; in: „Der Rechte Rand“ Nr.103, Nov./Dez. 2006, S.14
- 22) http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=772, gesehen am 13.04.07

hung und Entwicklung faschistischer Organisationen sein.

Und wenn gerade gegenwärtig eine Neuauflage der genannten Zeitschrift des Kreises publiziert wird, dann ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass die damals erstmals organisiert gesuchte Synthese von linken und rechten Antikapitalisten mittels der ideologischen Klammer des Nati-

Das, was wir heute als „Antikapitalismus von rechts“, z.B. in der so genannten „Antikap-Kampagne“ der Jungen Nationaldemokraten, erleben und lesen, ist also weder neu noch originell. Es verweist sowohl auf die Ursprünge des europäischen Faschismus wie auch auf Vorarbeiten deutscher Nationalrevolutionäre. Diese antikapitalistische, systemoppositionelle Ausrichtung dürfte



onalismus trotz eines gegenteiligen Reihentitels („Collection les inactuels“) keineswegs als inaktuell angesehen wird. Präsentiert wird der Reprint¹⁸ mit einem Essay von 80 Seiten durch Alain de Benoist, den Kopf und Motor des französischen „neu“ rechten GRECE, der mit den Sätzen ausklingt: „Die Geschichte des Cercle Proudhon ist nicht die einer gelungenen Synthese, aber doch ist diese Episode des französischen politischen Denkens nicht weniger als ein Zeugnis für das Klima einer Epoche, die sicherlich nicht frei von Polemiken war, in der jedoch Persönlichkeiten der gegensätzlichsten Richtungen nicht zögerten, in einen Dialog zu treten und ihre Ansichten auszutauschen. Der Cercle Proudhon hat aufgezeigt, was an einem solchen Dialog fruchtbar sein könnte oder auch an einem Bündnis zwischen politisch entgegengesetzten Strömungen, die das klare Begreifen, dass sie einen gemeinsamen Feind haben, zusammenführt. Ein ungeschickter Versuch künstliche Klüfte zu überwinden, der zugleich davon zeugt, dass die Revolutionäre aller Richtungen sich stets einander sehr viel näher sein werden als sie es den Reformisten des eigenen Lagers sein könnten.“¹⁹ Benoist schließt mit dem Rat, dass die „Cahiers“ heutzutage eine aufmerksame Lektüre verdienen, die zugleich kritisch als auch von herzlicher Sympathie geprägt sein sollte.

allerdings kaum auf eine gründliche Rezeption der schriftlichen Quellen des eigenen Lagers zurückzuführen sein, sondern ihre Ursache in dem schlichten Umstand haben, dass auch die heutigen Neonazis Teil der Gesellschaft sind, in der sie leben und ihre Politik entwickeln. Sie reagieren auf manifeste Krisensymptome und suchen nach Lösungen. Ihre Kapitalismuskritik wird folgerichtig in die bereits bestehende Ideologie eingefügt werden. So wie der frühe Henning Eichberg die „nationale Frage als revolutionären Störfaktor“ ausmachte und Deutschland als Einwanderungsland nur als Horrorvision im Dienste des Kapitalismus begreifen konnte, so ist auch der heutige „Antikapitalismus von rechts“ nur in Verbindung mit Nationalismus und Rassismus vorstellbar.

Trotzdem ist die Geschichte natürlich nicht die Wiederkehr des Immergleichen. Sie verändert sich und bietet neue Ansatzpunkte für Konvergenzen. Das Feindbild USA hatte aus historischen Gründen für die Akteure des Cercle Proudhon noch keinerlei Bedeutung, es wurde bereits genutzt vom NS-Regime und dessen Verbündeten²⁰, wurde weiterentwickelt durch die europäischen nationalrevolutionären Bewegungen und ist gegenwärtig zu einem zentralen Ideologem in der Ideologie der extremen Rechten geworden. Natürlich bieten sich genau auf diesem Feld vielfälti-

ge Ansatzpunkte für die auch heute angestrebten Konvergenzen und Synthesen. Die Reihe der Renegaten von links, so die Hoffnung der extremen Rechten, möge mit Horst Mahler und Bernd Rabehl noch nicht an ihr Ende gelangt sein. Ist nicht auch diesen ehemaligen Linksradiakalen ihr revolutionäres Subjekt abhanden gekommen? Werden nicht auch sie bereits sein, bei gemeinsamer Gegnerschaft zu Kapitalismus und „Amerikanismus“ das Trennende beiseite zu schieben? Wird deshalb möglicherweise eine neue Synthese mit neuen Akteuren entstehen?

Zwar werden wir keine Mühe in einen Streit mit ihm investieren, wenn er über die Grünen feststellt: „Diese Partei soll zur Hölle fahren.“²³ Doch wenn er dies unter der Überschrift „Grüne verbieten“ tut und gleichzeitig mittels Relativierung die NPD aufwertet, dann ist dies zumindest eine Intervention wert. Geben wir Elsässer im Wortlaut wieder: „Viel Kraft investiert die Linke derzeit, wieder einmal ein Verbot der NPD zu fordern. Schön und gut. Aber warum werden die Grünen gleichzeitig mit Samthandschuhen angefasst, immer wieder zu Bündnisgesprächen eingeladen und von nicht wenigen in der Linkspartei als künftiger Koalitionspartner gehandelt? Wer wollte bestreiten, dass der Politik der Grünen in Jugoslawien und Afghanistan und anderswo weit mehr Menschen zum Opfer gefallen sind als der Politik der NPD? (...) Ist es nicht der Sozialraub durch Hartz IV und Agenda 2010, den die Öko-Yuppies kalt-schnäuziger vorangetrieben haben als die immer wieder zaudernden Volksparteien SPD und Union, der die Verzweifelten der NPD in die Küche treibt?“ Du jubelt Jürgen Gansel und hat nur eines auszusetzen, dass nämlich die Politik der NPD Opfer gekostet haben solle. Recht hat er. Es nicht die Politik der NPD, es waren die durch ihre Ideologie geformten und geprägten Schlägerbanden.

Doch Gansel findet weitere Punkte für eine künftige Synthese. Elsässers jüngste Publikation, der Band „Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg“, bereits im Titel eine kaum verhüllte Anknüpfung an antisemitische Stereotypen, wird von ihm als „hochlesenswertes Buch“ charakterisiert, „das einem politischen Gesprächs- und Bündnisangebot an die nationale Opposition gleichkommt“. Dem letzten Teil der Einschätzung schließen wir uns ausdrücklich an. Gansel lobt die „Absage an Randgruppenkult, US-Hörigkeit und Israel-Tümelei“, seinen „Widerstand gegen Arbeitsmigration, Inländerfeindlichkeit, EU-Fremdbestimmung und Staatszerstörung“, zitiert die von Elsässer im Interview mit dem „Neuen Deutschland“ geäußerte „schier bahnbrechende Erkenntnis“: „Ein kluges Wort, schon ist man Nationalist.“

Nein, Jürgen, kluge Worte haben wir von dir schon lange nicht mehr gehört. Stattdessen haben wir deine wiederholten Versuche gelesen, dein eigener Cercle Proudhon als Ein-Mann-Veranstaltung zu sein. Das wäre normalerweise noch nicht einmal eine Randglosse in der Geschichte

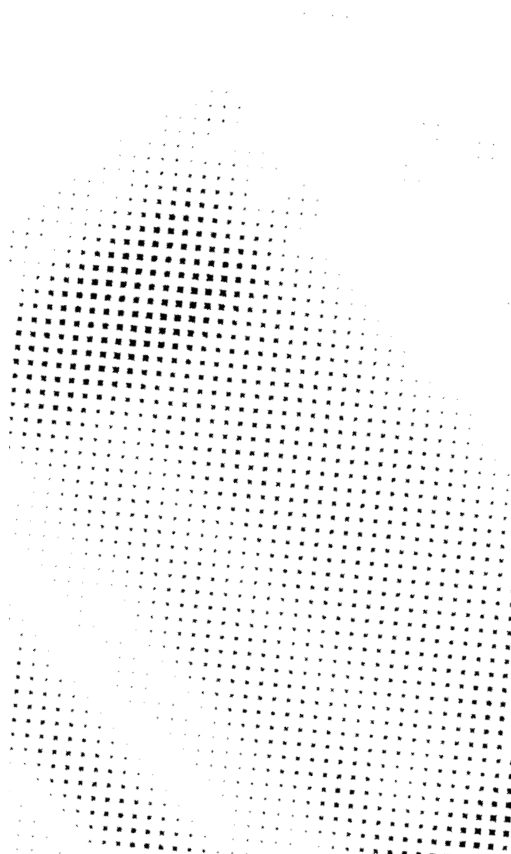
der Linken wert. Wenn, ja wenn der Jürgen alleine wäre. Doch Mitstreiter bei seiner Imitation des Cercle Proudhon, bei seiner Suche nach einer Versöhnung von Nation und Klasse, bei seiner Entdeckung der „Nation als revolutionärer Störfaktor“ gibt es inzwischen mehr als genug.

Vielleicht liest Jürgen Elsässer ja auf seiner Suche nach dem „revolutionären Störfaktor“ auch den jüngsten Aufsatz von Henning Eichberg. „Die Kritik des Kapitalismus vom Kopf auf die Füße stellen“ heißt er.²⁴ Dann wird er überrascht sein. Eichberg hat seine Ideologie weiterentwickelt, bezieht sich nunmehr auf die französischen Anti-Utilitaristen und die deutschen Wertkritiker bei seiner Kritik des Kapitalismus. Und kommt zu ebenfalls neuen Einsichten: „Der Mythos vom Produzieren hatte nicht nur eine ‚aufbauende‘ Kraft, er zielte auch auf Abwertung, in der Konsequenz sogar auf Vernichtung. Das traf keineswegs nur oder primär Adlige, Makler, Wucherer, Großgrundbesitzer und andere machtvolle ‚Ausbeuter‘. es traf in besonderem Maße gesellschaftliche Minderheiten und Fremde. Erst unter der Vorgabe des Produktivitätsmythos war es möglich, vom ‚parasitischen‘ Juden, vom ‚unproduktiven‘ Zigeuner und vom ‚faulen Wilden‘ zu sprechen.“²⁵ Mit der Entdeckung der Nation als Schutzmacht der Klasse, an die sich Elsässer gerade macht, hat dies herzlich wenig zu tun. Wer ist da rechts, wer ist da links?

Kerstin Köditz/Volkmar Wölk

Anmerkungen:

- 23) *Junge Welt* v. 11.04.07, dort auch die folgenden Zitate
 24) *Volkstlust* Nr.4, März 2007, S.6 - 25
 25) ebd., S.13



G8 Proteste in Heiligendamm – Aktionsfeld für rechte Gruppen?

Interview mit der Antifa Rostock zu Globalisierungskritik von rechts und der aktuellen Situation in Rostock

Wie schätzt ihr die Gefahr einer Mobilisierung gegen den G8 Gipfel durch rechte Gruppen ein?

Unserer Einschätzung nach mobilisieren die Nazis bereits zu verschiedenen Sachen in MV und rund um den G8-Gipfel. So zum Beispiel dazu aufgerufen, sich an den Demonstrationen der Globalisierungsgegner in Rostock zu beteiligen. Gleichzeitig wird bundesweit zur Demonstration nach Schwerin aufgerufen, um dort gegen den Gipfel Flagge zu zeigen. Die NPD wird versuchen, in der Landeshauptstadt politisch zu punkten und das Spektakel um sie herum auszunutzen. Also kann man sagen, dass die Nazis schon voll in ihrer Mobilisierung stecken.

In wie weit bestehen eurer Meinung nach Anknüpfungspunkte zwischen linker und rechter Mobilisierung? Gibt es thematische Überschneidungen und wie sehen diese aus?

Linke und rechte Mobilisierung finden Schnittpunkte, wenn vermeintliche „Kritik“ populistisch und moralisierend vorgetragen wird. Die NPD und andere Nazis können die Parole „Brecht die Macht der Banken und Konzerne“ ebenfalls unterschreiben. Durch die Personalisierung komplexer, kapitalistischer Verhältnisse, kommt auch eine populistische linke Argumentation beim strukturellen Antisemitismus an. Dies hat natürlich Folgen für den Protest in Rostock. So werden weder ein linker „Gipfelstürmer“ noch ein Nationalrevolutionär im Juni ein Problem damit haben, die Scheiben einer Bank oder eines Mc Donalds einzuschlagen, weil sie der festen Überzeugung sind, den Kapitalismus direkt am Wickel zu haben. Problematisch ist kritisch gemeinter sozialer Protest der sich an den Erscheinungsformen der bestehenden Verhältnisse aufhängt und nicht in der Lage ist, deren Wesen zu beschreiben.

In wie weit sind antikapitalistische Positionen von Rechts ernst zu nehmen; geht von ihnen eurer Meinung nach ein großer Reiz aus?

Grundsätzlich sind rechte Positionen – welches Thema auch immer betreffend – ernst zu neh-

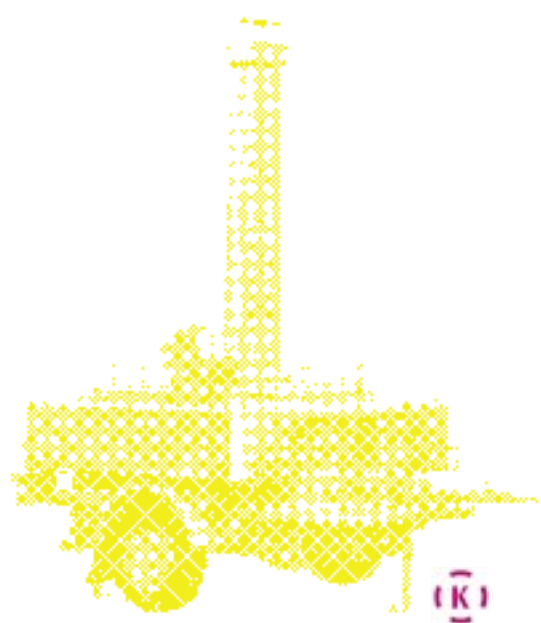
men. Sehr häufig können Nazis auf bereits vorhandene Ressentiments in der deutschen Bevölkerung zugreifen, da die Logik rechter Erklärungen dem Alltagsverstand vieler Menschen plausibel zu sein scheint. Diesem Denken folgend muss es einen benennbaren Schuldigen geben, der für die Übel, die der Kapitalismus bereitet, verantwortlich ist. Die Konsequenz dieser Kapitalismuskritik wäre das „Verschwinden“ der verantwortlich gemachten Menschen.

Zum Reiz direkter rechter Aktionen möchten wir mal ein Beispiel geben. In Grimmen (Nordvorpommern) gibt es eine Kameradschaft, die regelmässig eine Suppenküche für Arbeitslose anbietet. Das ist ein sehr niedrigschwelliger populistischer Sozialprotest, der Antifaschisten vor ein Dilemma stellt. Kurz gesagt: Wie vermittelt man den Arbeitslosen den antifaschistischen Anspruch, wenn man ihnen die Suppe aus der Hand schlägt? Die regelmässige Suppenküche ist keine Kapitalismuskritik. Dass zeigt aber, dass Nazis in bestimmten Regionen MV's sich durchaus erfolgreich mit den sozialen Problemen der Menschen befassen. Auch solche Aktivitäten binden Menschen langfristig an rechte Ideologien, nicht etwa weil die Nazis die bessere Kapitalismuskritik haben, sondern weil sie auf ganz grundlegende Bedürfnisse reagieren.

Ist es notwendig rechtem Antikapitalismus theoretisch entgegenzutreten?

Es ist unserer Meinung nach unerlässlich, rechtem Antikapitalismus theoretisch entgegenzutreten. Dabei geht es nicht pers se darum Ehrentitel für linke Positionen zu vergeben. Wenn linke und rechte Kapitalismusdiagnosen sich als falsch offenbaren und sich nicht dem Kern kapitalistischer Vergesellschaftung zuwenden, ist eine Kritik an der Kritik notwendig. Aufgrund der bereits angesprochenen diffusen Positionen innerhalb der linken Mobilisierung und den Überschneidungen zum rechten Antikapitalismus stehen wir dem bevorstehenden G8 – Spektakel distanziert gegenüber.

Danke für das Interview!



TOP·Berlin

